



30 Januar 2026

21.449 Parlamentarische Initiative Kamerzin

Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern

Zusammenfassung der Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens



Vernehmlassungsbericht: Änderung Zivilgesetzbuch (Förderung der alternierenden Obhut)

Inhaltsverzeichnis

1	Im Allgemeinen	3
1.1	Übersicht	3
1.2	Gegenstand der Vernehmlassung	4
2	Verzeichnis der Vernehmlassungsteilnehmenden	4
3	Allgemeine Bemerkungen zum Vorentwurf	4
3.1	Einleitende Bemerkung	4
3.2	Befürwortung der Vorlage	5
3.3	Befürwortung der allgemeinen Stossrichtung der Vorlage mit Vorbehalten	6
3.4	Ablehnung der Revision	7
4	Kritik und Vorbehalte gegen die Vorlage	8
5	Kommentare zu den beiden Varianten	10
5.1	Allgemeine Bemerkungen zu den Varianten	10
5.1.1	Wahl der Variante	10
5.1.2	Begrifflichkeit	11
5.2	Variante 1	12
5.2.1	Argumente für die Variante 1	12
5.2.2	Argumente gegen die Variante 1	13
5.2.3	Vorschläge zur Änderung der Variante 1	15
5.3	Variante 2	15
5.3.1	Argumente für die Variante 2	15
5.3.2	Argumente gegen die Variante 2	16
6	Bemerkungen, Verbesserungswünsche und Vorschläge	18
6.1	Verbesserung der Kinderrechte	19
6.2	Verbesserung der Rahmenbedingungen	19
6.3	Bessere Berücksichtigung der häuslichen Gewalt	20
6.4	Förderung von Formen der einvernehmlichen Konfliktlösung	21
6.5	Änderung der Begrifflichkeit	22
6.6	Klärung der Methode zur Berechnung der Unterhaltsbeiträge	22
6.7	Vorschlag einer dritten Variante	23
6.8	Andere Verbesserungswünsche	23
7	Einsichtsnahme	24
	Anhang / Annexe / Allegato	25

Zusammenfassung

Am 24. Juni 2025 eröffnete die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats das Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (Förderung der alternierenden Obhut), womit die parlamentarische Initiative 21.449 Kamerzin «Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern» umgesetzt werden soll. Das Ziel besteht insbesondere darin, eine möglichst ausgeglichene Beteiligung der Eltern an der Kinderbetreuung zu fördern, wenn die Eltern die elterliche Sorge nach einer Trennung oder Scheidung gemeinsam ausüben und es ihnen nicht gelingt, sich auf ein Betreuungsmodell zu einigen. Zu diesem Zweck wurden zwei Varianten zur Umsetzung vorgeschlagen. Die Vernehmlassung dauerte bis am 15. Oktober 2025.

Insgesamt sind 120 Stellungnahmen von 26 Kantonen, 9 politischen Parteien, 56 Organisationen und 29 Privatpersonen eingegangen.

Der gesetzgeberische Handlungsbedarf in diesem Bereich ist sehr umstritten: 46 Vernehmlassungsteilnehmende (4 Kantone, 3 Parteien, 11 Organisationen und 28 Privatpersonen) sprechen sich klar für den Vorentwurf aus und 15 Teilnehmende (6 Kantone, 2 Parteien, 6 Organisationen und 1 Privatperson) begrünnen zwar die allgemeine Stossrichtung der Vorlage, äussern jedoch Vorbehalte. Umgekehrt lehnen 49 Teilnehmende (11 Kantone, 2 Parteien und 36 Organisationen) die Revision ab. 10 Vernehmlassungsteilnehmende (5 Kantone, 2 Parteien und 3 Organisationen) haben zu dieser Frage nicht Stellung genommen.

107 Vernehmlassungsteilnehmende haben sich zu den beiden Varianten geäußert. 46 Vernehmlassungsteilnehmende (10 Kantone, 2 Parteien und 34 Organisationen) sind der Ansicht, dass weder die eine noch die andere Variante überzeugend ist. 23 Vernehmlassungsteilnehmende (11 Kantone, 5 Parteien und 7 Organisationen) bevorzugen die Variante 1, während 38 Vernehmlassungsteilnehmende (3 Kantone, 2 Parteien, 8 Organisationen und 25 Privatpersonen) der Variante 2 den Vorzug geben.

Unabhängig davon, ob die Vorlage befürwortet wird oder nicht, sind sowohl zum Vorentwurf als auch zu den beiden vorgeschlagenen Varianten viele Bemerkungen und ergänzende Vorschläge angebracht worden. Ein Grossteil der Vernehmlassungsteilnehmenden hat namentlich auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Kinderrechte zu stärken, die Rahmenbedingungen für die Kinderbetreuung zu verbessern und der häuslichen Gewalt wirksamer und systematischer Rechnung zu tragen.

1 Im Allgemeinen

1.1 Übersicht

Die Vernehmlassung zum Vorentwurf zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs¹ (Förderung der alternierenden Obhut) dauerte vom 24. Juni 2025 bis am 15. Oktober 2025.

¹ ZGB, SR 210

Vernehmlassungsbericht: Änderung Zivilgesetzbuch (Förderung der alternierenden Obhut)

Stellung genommen haben 26 Kantone, 9 politische Parteien, 56 Organisationen und 29 Privatpersonen, wobei sich mehrere Teilnehmende vollumfänglich einer anderen Stellungnahme angeschlossen haben². Insgesamt gingen 120 Stellungnahmen ein.

2 Organisationen haben ausdrücklich auf eine Stellungnahme verzichtet.³

Im vorliegenden Bericht werden die Stellungnahmen zusammengefasst. Für eine Einsichtnahme in die vollständigen Stellungnahmen siehe Kapitel 7.

1.2 Gegenstand der Vernehmlassung

Mit dem Vorentwurf zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (VE-ZGB) wird die parlamentarische Initiative 21.449 Kamerzin «Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern» umgesetzt, die eine möglichst gleichmässige Beteiligung an der Betreuung des Kindes fördern will, wenn die Eltern die elterliche Sorge gemeinsam ausüben und es ihnen nicht gelingt, sich auf ein Betreuungsmodell zu einigen. Dazu hat die Kommission zwei Varianten zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative vorgeschlagen:

- Gemäss Variante 1 prüft die zuständige Behörde die alternierende Obhut, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt, und gibt dieser den Vorzug, wenn sie dem Kindeswohl am besten entspricht. Zudem soll die Rechtsprechung des Bundesgerichts, wonach die blossige Weigerung eines Elternteils der Prüfung und Anordnung der alternierenden Obhut nicht entgegensteht, ausdrücklich gesetzlich verankert werden.
- Gemäss Variante 2 wird die zuständige Behörde gesetzlich verpflichtet, die Möglichkeit einer Beteiligung der Eltern an der Betreuung des Kindes zu gleichen Teilen unabhängig von einem entsprechenden Antrag zu prüfen, wenn bei gemeinsamer elterlicher Sorge in diesem Punkt Uneinigkeit herrscht. Davon ist allerdings abzuweichen, wenn dies dem Kindeswohl am besten entspricht.

2 Verzeichnis der Vernehmlassungsteilnehmenden

Ein Verzeichnis der Kantone, Parteien, Organisationen und Privatpersonen, die an der Vernehmlassung teilgenommen haben, ist im Anhang enthalten.

3 Allgemeine Bemerkungen zum Vorentwurf

3.1 Einleitende Bemerkung

Für alle Vernehmlassungsteilnehmenden ist die Beteiligung beider Elternteile an der Betreuung der Kinder nach einer Trennung oder Scheidung grundsätzlich im Interesse der Kinder. Der Vorentwurf (und die beiden vorgeschlagenen Varianten) ist jedoch hinsichtlich seiner Forderung, eine *möglichst gleichmässige* Betreuung des Kindes zu fördern, wenn die Eltern die elterliche Sorge gemeinsam ausüben und *es ihnen nicht gelingt*, sich in dieser Frage zu einigen, kontrovers beurteilt worden. Die eingegangenen Stellungnahmen lassen sich in vier Kategorien unterteilen:

² Die Kantone AR und OW haben sich der Stellungnahme der KOKES angeschlossen, AvenirSocial, PACH Pflege- und Adoptivkinder Schweiz (S. 1), SF MVB (S. 1) und Unicef der Stellungnahme des Netzwerkes Kinderrechte Schweiz und DJS der Stellungnahme der Fondation KidsToo.

³ KKJPD und Schweizerischer Gemeindeverband.

Vernehmlassungsbericht: Änderung Zivilgesetzbuch (Förderung der alternierenden Obhut)

- Stellungnahmen, die sich **klar für die Vorlage** aussprechen (vgl. Kap. 3.2).
- Stellungnahmen, die **die allgemeine Stossrichtung der Vorlage** mit Vorbehalten **begrüssen** (vgl. Kap. 3.3).
- Stellungnahmen, die **den Vorentwurf ablehnen** (vgl. Kap. 3.4).
- Stellungnahmen, die sich nicht zur Revision im Allgemeinen äussern, sondern **lediglich zu den beiden vorgeschlagenen Varianten** und zu anderen Aspekten, die geklärt oder verbessert werden sollten, damit die alternierende Obhut in der Praxis umgesetzt werden kann.⁴

Im Folgenden wird ein allgemeiner Überblick über die drei ersten Kategorien von Stellungnahmen gegeben. Da gewisse Argumente sowohl von den Teilnehmenden, die die allgemeine Stossrichtung des Vorentwurfs mit Vorbehalt begrüßen (Kap. 3.3), als auch von denjenigen vorgebracht werden, die ihn ablehnen (Kap. 3.4), wird darauf in einem separaten Kapitel eingegangen (Kap. 4). Nachfolgend werden die Bemerkungen zu den beiden Varianten dargelegt (Kap. 5). Der letzte Teil des Berichts befasst sich mit den Bemerkungen und ergänzenden Vorschlägen, die von vielen Teilnehmenden – unabhängig von der Befürwortung oder Ablehnung der Vorlage – formuliert worden sind. Diese sind der Ansicht, dass die vorliegende Gesetzesrevision nicht ausreichend oder nicht geeignet ist, um die alternierende Obhut zu fördern (Kap. 6).

3.2 Befürwortung der Vorlage

4 Kantone⁵, 3 Parteien⁶, 11 Organisationen⁷ und 28 Privatpersonen⁸ begrüßen die Vorlage ausdrücklich.

Die Revision trage zur Gleichstellung der Eltern bei⁹ und berücksichtige die Entwicklung des Familien- und Berufslebens, die es den Eltern in vielen Fällen erlaube, ihre elterliche Verantwortung gemeinsam wahrzunehmen. Vor diesem Hintergrund sei es unerlässlich, die alternierende Obhut zu stärken, damit beide Elternteile ihre Pflichten und Verantwortlichkeiten gegenüber ihren Kindern wahrnehmen können.¹⁰ Zudem fördere die alternierende Obhut die Chancengleichheit und den Zugang zum Arbeitsmarkt für beide Elternteile nach einer Trennung oder Scheidung.¹¹ Für das Kind ermögliche sie, die Beziehung zu beiden Elternteilen zu

⁴ 5 Kantone (AG, GE, TI, UR und VS), 2 Parteien (FDP und SVP) und 3 Organisationen (EKKJ [S. 1], Freikirchen.ch und Ombudsstelle Kinderrechte Schweiz).

⁵ BE (S. 1), NE (S. 1), SG (S. 1) und ZG (S. 1).

⁶ Die Mitte (S. 1), GRÜNE (S. 1) und Grünliberale.

⁷ AGNA, Bally, CROP (S. 2), GeCoBi (S. 3), IGM Schweiz (S. 2), Justiz & Familienrechtsaufsicht Swiss (S. 2), männer.ch (S. 2), Movimento Papageno (S. 2-4, 6 und 16), Pro Familia (S. 1), SBVC (S. 2) und VeV Schweiz (S. 3).

⁸ Acarli, Beck, Buballa, Burkhard, Eisenegger, Geburtig, Heimann, Heimann&Müller, Köpfl, Kreutzer, Künzli, Kurth, Lehrmann, Lötscher, Marcin, Moos, Odermatt, Petitjean, Rüegg, Schmidli, Sigrist, Skipwith, Stähli, Suter, Trojer, van Loon, Weisstanner und Wüthrich.

⁹ SG (S. 1); Die Mitte (S. 1) und GRÜNE (S. 1); AGNA (S. 2 und 3), GeCoBi (S. 1), Justiz & Familienrechtsaufsicht Swiss (S. 2), männer.ch (S. 2), Movimento Papageno (S. 4 und 6) und Pro Familia (S. 3-4); Köpfl und Sigrist.

¹⁰ Die Mitte (S. 1) und GRÜNE (S. 1); AGNA (S. 2), CROP (S. 9), IGM Schweiz (S. 1 und 2), Justiz & Familienrechtsaufsicht Swiss (S. 2), Movimento Papageno (S. 4-6 und 10), Pro Familia (S. 1 und 2) und VeV Schweiz (S. 1 und 3); Sigrist.

¹¹ SG (S. 1); Die Mitte (S. 2) und Grünliberale; AGNA (S. 3), CROP (S. 7) und Pro Familia (S. 3).

Vernehmlassungsbericht: Änderung Zivilgesetzbuch (Förderung der alternierenden Obhut)

erhalten.¹² Weiter stärke sie das Wohl und die Rechte des Kindes¹³ und reduziere das Risiko einer Instrumentalisierung¹⁴ und der innerfamiliären Gewalt¹⁵. Ausserdem erleichtere sie die Aufrechterhaltung der Beziehung des Kindes zu seinen Grosseltern und der erweiterten Familie.¹⁶ Ferner trage die Revision dazu bei, die Praxis der Gerichte zu vereinheitlichen und eine Betreuungsform zu fördern, wenn sich die Eltern nicht einigen können.¹⁷ Gleichzeitig entlaste sie das Rechtssystem, indem Konflikte reduziert und gemeinsame Lösungen gesucht werden.¹⁸

Einige dieser Vernehmlassungsteilnehmenden begrüssen es insbesondere, dass mit der Variante 1 die Möglichkeit, die alternierende Obhut auch bei Ablehnung durch einen Elternteil anzuordnen, gesetzlich verankert werden soll,¹⁹ während andere Teilnehmende – die Mehrheit – die Verpflichtung der Behörden zur Prüfung der Möglichkeit einer alternierenden Obhut zu gleichen Teilen unabhängig von einem entsprechenden Antrag befürworten,²⁰ wie die Variante 2 ausdrücklich vorsieht.

3.3 Befürwortung der allgemeinen Stossrichtung der Vorlage mit Vorbehalten

6 Kantone²¹, 2 Parteien²², 6 Organisationen²³ und 1 Privatperson²⁴ begrüssen die allgemeine Stossrichtung des Vorentwurfs mit Vorbehalten.

Zunächst weisen diese Vernehmlassungsteilnehmenden darauf hin, dass die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen den Behörden bereits die Möglichkeit geben, Entscheidungen zu treffen, die den Besonderheiten des Einzelfalles angepasst sind,²⁵ und die alternierende Obhut gegebenenfalls zu fördern²⁶. Einige Teilnehmende erachten den Vorschlag von Variante 1 zur Verankerung der Rechtsprechung des Bundesgerichts im Gesetz dennoch als sinnvoll.²⁷

¹² SG (S. 1); Die Mitte (S. 1); AGNA (S. 1), CROP (S. 2 und 7) und Movimento Papageno (S. 3–5); Geburtig, Suter und Trojer.

¹³ Die Mitte (S. 1); AGNA (S. 2 und 3), IGM Schweiz (S. 1 und 2), Movimento Papageno (S. 3), Pro Familia (S. 3 und 4) und VeV Suisse (p. 3).

¹⁴ Die Mitte (S. 1).

¹⁵ CROP (S. 2 und 9).

¹⁶ Die Mitte (S. 1); CROP (S. 6–7).

¹⁷ GRÜNE (S. 1); männer.ch (S. 2).

¹⁸ SG (S. 1); Movimento Papageno (S. 4) und Pro Familia (S. 3); Schmidli, Suter und Trojer.

¹⁹ BE (S. 1) und ZG (S. 2); Die Mitte (S. 2) und GRÜNE (S. 1–2); Pro Familia (S. 4).

²⁰ NE (S. 1) und SG (S. 1); Grünliberale; AGNA (S. 4), Bally, CROP (S. 2), GeCoBi (S. 2), IGM Schweiz (S. 2) und Justiz & Familienrechtsaufsicht Swiss (S. 2).

²¹ BS, FR (S. 1), JU (S. 1), LU (S. 1), NW (S. 1–2) und VD (S. 1).

²² EDU (S. 1) und EVP (S. 2).

²³ alliance F (S. 1 und 3), Frauenhaus freiburg (S. 1), KESCHA, LAVI Centre Genevois (S. 1), Pro Juventute (S. 2) und SKHG (S. 2–3).

²⁴ Handschin.

²⁵ FR (S. 1) und LU (S. 1).

²⁶ BS (S. 1).

²⁷ BS (S. 1) und LU (S. 2).

Vernehmlassungsbericht: Änderung Zivilgesetzbuch (Förderung der alternierenden Obhut)

Andere befürworten zwar die alternierende Obhut an sich, äussern jedoch Bedenken im Zusammenhang mit Aspekten, die im Gesetzestext noch nicht genügend/angemessen berücksichtigt werden, insbesondere Situationen häuslicher Gewalt.²⁸

Eine Zusammenstellung der von diesen Vernehmlassungsteilnehmenden geäusserten Vorbehalten findet sich in Kapitel 4.

3.4 Ablehnung der Revision

11 Kantone²⁹, 2 Parteien³⁰ und 36 Organisationen³¹ lehnen die Revision ab.

Diese Teilnehmenden sind der Ansicht, dass kein gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht, da die gesetzlichen Bestimmungen es den Behörden bereits jetzt ermöglichen, kindgerechte Betreuungsmodelle festzulegen.³² Bevor weitere Gesetzesanpassungen im Bereich der Kinderbetreuung in Betracht gezogen würden, sollten die Ergebnisse neuer Studien abgewartet werden.³³ Die Behauptung, dass die alternierende Obhut nur dann angeordnet werde, wenn beide Eltern damit einverstanden sind, und die Gerichte diese verhindern würden, habe sich weder in der Praxis noch in den interdisziplinären Studien bestätigt,³⁴ die im Rahmen des Berichts des Bundesrats «Alternierende Obhut: Evaluation der Gerichtspraxis nach der Revision des Unterhaltsrechts» vom 24. April 2024³⁵ durchgeführt wurden. Die politische und mediale Debatte werde stark beeinflusst von gewissen Gruppen, die sich für die Rechte der Väter einsetzen.³⁶ Zudem würde die Revision die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern bei der Rollenteilung der Eltern und deren Auswirkungen auf die Trennung/Scheidung (unbezahlte Arbeit der Frauen, finanzielle Abhängigkeit usw.)³⁷ sowie das Armutsrisiko des wirtschaftlich schwächeren Elternteils verstärken.³⁸ Um die geteilte Betreuung der Kinder wirksam zu fördern, müssten vor allem die Rahmenbedingungen verbessert

²⁸ alliance F (S. 1-2), Frauenhaus freiburg (S. 1-3), LAVI Centre Genevois (S. 1 und 2) und SKHG (S. 1).

²⁹ AI, AR, BL, GL, GR (S. 1), OW, SH (S. 1), SO (S. 1), SZ (S. 1), TG (S. 1 und 2) und ZH (S. 2 und 5).

³⁰ SP (S. 2-3) und SP Frauen Schweiz (S. 2).

³¹ Alleinerziehende Ein-Eltern-Familien Region Ostschweiz (S. 1 und 2), ATFMR (S. 8), Avenir Familles (S. 2), AvenirSocial (S. 3), BIF (S. 1 und 2), DAO (S. 2-3), DJS (S. 11), EKdM (S. 1 und 4), EKF (S. 1, 2 und 3), EKFF (S. 2 und 3), F-information (S. 1-7), Fachstelle OKey (S. 2), femmes protestantes (S. 1-2 und 4), FHbB (S. 3), Fondation KidsToo (S. 7), Frauenberatung sexuelle Gewalt (S. 1 und 2), Frauenhaus Luzern (S. 2-3), Frauenhaus Zürich (S. 4), Frieda (S. 2 und 4), FSP SKJP (S. 3), Kinderanwaltschaft Schweiz (S. 8), KOKES (S. 2 und 3), Mädchenhaus Zürich (S. 2 und 3), MMI (S. 2-3), Netzwerk Kinderrechte Schweiz (S. 4), ODAGE (S. 3), PACH Pflege- und Adoptivkinder Schweiz (S. 3), SF MVB (S. 4), SKG (S. 7), SVAMV (S. 1 und 2), SVF (S. 1), SVFM (S. 2), SVR (S. 1 und 4), Unicef (S. 1), UNIGE (S. 3) und UNINE (S. 4).

³² AI (S. 1), BL, GL, GR (S. 1-2), OW, SH (S. 1), SO (S. 1) und ZH (S. 5); ATFMR (S. 2, 5 und 8), DAO (S. 2), EKFF (S. 3), F-information (S. 2), FHbB (S. 2), Fondation KidsToo (S. 7), Frauenhaus Luzern (S. 2), Frauenhaus Zürich (S. 3), Frieda (S. 2 und 4), FSP SKJP (S. 1 und 3), KOKES (S. 1 und 3), Mädchenhaus Zürich (S. 2), ODAGE (S. 3), SVAMV (S. 1) und UNINE (S. 4).

³³ EKFF (S. 2).

³⁴ ZH (S. 2); DJS (S. 3-5), EKFF (S. 2), SKG (S. 1 und 2), SVR (S. 3) und UNINE (S. 2).

³⁵ Der Bericht des Bundesrats vom 24. April 2024 (im Folgenden «Bericht alternierende Obhut 2024» genannt) und die beiden interdisziplinären Studien sind einsehbar unter: www.bj.admin.ch > Gesellschaft > Laufende Rechtsetzungsprojekte > Unterhalt des Kindes > Alternierende Obhut.

³⁶ EKdM (S. 4), EKF (S. 3), femmes protestantes (S. 5), Kinderanwaltschaft Schweiz (S. 2) und SVAMV (S. 3).

³⁷ SP (S. 2-3) und SP Frauen Schweiz (S. 1 und 2); ATFMR (S. 7), Avenir Familles (S. 1 und 2), BIF (S. 2), DJS (S. 10), EKdM (S. 2), EKFF (S. 2 und 3), F-information (S. 2-3), Fondation KidsToo (S. 6), Frieda (S. 3) und SVF (S. 1).

³⁸ SP (S. 2) und SP Frauen Schweiz (S. 2); ATFMR (S. 7), BIF (S. 2), DJS (S. 10-11), EKdM (S. 2), EKFF (S. 2 und 3) und F-information (S. 3-4).

Vernehmlassungsbericht: Änderung Zivilgesetzbuch (Förderung der alternierenden Obhut)

werden,³⁹ wie der Bundesrat in seinen beiden Berichten zur alternierenden Obhut festgehalten habe⁴⁰. Gegen die Revision spreche zudem der Umstand, dass diese die Realität der häuslichen Gewalt vollständig ausser Acht lässt.⁴¹

Eine detaillierte Zusammenstellung der von diesen Teilnehmenden geäußerten Kritik findet sich in Kapitel 4.

4 Kritik und Vorbehalte gegen die Vorlage

Wie oben erwähnt, haben mehrere Vernehmlassungsteilnehmende die gleichen Bemerkungen zum Vorentwurf angebracht. Für die einen handelt es sich um Kritikpunkte, die eine Ablehnung der Vorlage begründen (Kap. 3.4) für die anderen hingegen um Vorbehalte, die nicht zu einer Ablehnung des Vorentwurfs führen (Kap. 3.3). Die Kritik beziehungsweise die Vorbehalte gegen die Vorlage lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die bestehenden **gesetzlichen Grundlagen** und die **Rechtsprechung des Bundesgerichts** erlaubten bereits eine Förderung der alternierenden Obhut, wenn diese im Interesse des Kindes ist. Der Vorentwurf bringe daher **keine** substantielle **Verbesserung** gegenüber dem geltenden Recht.⁴²
- Mit der geplanten Revision werde lediglich eine **weitgehend umgesetzte Rechtsprechung** präzisiert.⁴³
- Die Vorlage sei **nicht im Interesse des Kindes**⁴⁴, insbesondere:
 - o Das Kindeswohl verlange eine **Prüfung im Einzelfall**, da die alternierende Obhut nicht für alle Familien die geeignete Lösung darstelle (Distanz zwischen den Wohnor-

³⁹ AI; SP Frauen Schweiz (S. 1-3) und SP (S. 1 und 3); Avenir Familles (S. 1), EKF (S. 1), femmes protestantes (S. 2) und SVAMV (S. 1).

⁴⁰ Der Bericht des Bundesrats «Alternierende Obhut: Klärung der Rechtsgrundlagen und Lösungsvorschläge» vom 8. Dezember 2017, S. 11 ff. und 25 f., ist einsehbar unter: www.bj.admin.ch > Publikationen & Service > Berichte, Gutachten und Verfügungen > Berichte und Gutachten > Alternierende Obhut. Klärung der Rechtsgrundlagen und Lösungsvorschläge; vgl. auch Bericht alternierende Obhut 2024, S. 10 f.

⁴¹ ZH (S. 4); SP (S. 2) und SP Frauen Schweiz (S. 2); ATFMR (S. 5–6 und 8), DJS (S. 4 und 9), F-information (S. 6-7), FHbB (S. 2-3), Fondation KidsToo (S. 1–3), Frauenhaus Luzern (S. 2), Frauenhaus Zürich (S. 2-3), Frieda (S. 1–2), SVAMV (S. 4) und SVF (S. 2).

⁴² AI, AR, BL, BS, FR (S. 1), GL, GR (S. 1–2), LU (S. 1), OW, SH (S. 1), SO (S. 1), SZ (S. 1) und ZH (S. 2–3 und 5); SP Frauen Schweiz (S. 1–2); ATFMR (S. 2, 5 und 8), AvenirSocial (S. 4 und 5), DAO (S. 2), EKFF (S. 3), EKKJ (S. 1 und 2), F-information (S. 2), FHbB (S. 2), Fondation KidsToo (S. 7), Frauenhaus Luzern (S. 2), Frauenhaus Zürich (S. 3), Frieda (S. 2 und 4), FSP SKJP (S. 1 und 3), KOKES (S. 1–3), Mädchenhaus Zürich (S. 2), ODAGE (S. 3) und UNINE (S. 4).

⁴³ FR (S. 1).

⁴⁴ ZH (S. 3 und 5); ATFMR (S. 2 und 5), Avenir Familles (S. 2), AvenirSocial (S. 1–2), DAO (S. 2), DJS (S. 6–7), EKdM (S. 2), EKFF (S. 3), F-information (S. 6), Fachstelle OKey (S. 2), FHbB (S. 3), Fondation KidsToo (S. 1 und 7), Frauenberatung sexuelle Gewalt (S. 2), Frauenhaus freiburg (S. 1), Frauenhaus Luzern (S. 2), Frauenhaus Zürich (S. 3), Frieda (S. 2 und 4), Kinderanwaltschaft Schweiz (S. 2, 3, 5, 7 und 8), KOKES (S. 1), LAVI Centre Genevois (S. 1-2), Mädchenhaus Zürich (S. 2 und 3), MMI (S. 2), Netzwerk Kinderrechte Schweiz (S. 1 und 4), PACH Pflege- und Adoptivkinder Schweiz (S. 1-3), SF MVB (S. 1 und 4), SVR (S. 2) und Unicef (S. 1 und 4).

Vernehmlassungsbericht: Änderung Zivilgesetzbuch (Förderung der alternierenden Obhut)

- ten, Kommunikation und Kooperation der Eltern, Stabilität, Wunsch des Kindes, asymmetrische Aufteilung der bezahlten Arbeit vor und nach einer Trennung/Scheidung, Unvereinbarkeit von Berufs- und Familienleben, finanzielle Realität usw.).⁴⁵
- Die Vorlage bringe keine **Verbesserung der Kinderrechte im Verfahren** (Anhörung, Mitwirkung im Verfahren, Bezeichnung einer Vertretung, Sozialabklärung, Beizug von Gutachten).⁴⁶
 - Viele Eltern seien bereits heute in der Lage, **einvernehmliche Lösungen** zu finden, die den Bedürfnissen ihrer Kinder tatsächlich entsprechen. Wenn dieser Grundsatz durch einen starreren Rahmen ersetzt werde, schwäche dies Abmachungen, die in der Praxis funktionieren. Die Erfahrung zeige, dass sich die alternierende Obhut nur erfolgreich umsetzen lässt, wenn die Eltern über eine gute Kooperationsfähigkeit verfügen.⁴⁷
 - Wenn eine solche Kooperationsfähigkeit nicht gegeben ist (insbesondere bei vorbestehenden Konflikten, häuslicher Gewalt), trage die alternierende Obhut zur **Zunahme von Konflikten** und damit der Anordnung von Schutzmassnahmen bei.⁴⁸
 - In keinem der **anderen Länder**, die im erläuternden Bericht untersucht wurden, sei es gelungen, eine Regelung, wie es die parlamentarische Initiative fordert, einzuführen, ohne dass diese negative Folgen für das Kind gehabt hätte.⁴⁹
 - Der Vorentwurf schaffe eine **Ungleichbehandlung** zwischen den Kindern von getrennten oder geschiedenen Eltern einerseits und jenen von Eltern in ungetrennter Ehe oder Partnerschaft andererseits (da nur bei ersteren auf eine geteilte Betreuung beider Elternteile hingewirkt wird).⁵⁰
- Der Vorentwurf trage der Problematik der **häuslichen Gewalt** nicht genügend Rechnung.⁵¹ Insbesondere:
- Es werde nicht auf die Notwendigkeit hingewiesen, der häuslichen Gewalt bei der Regelung der Elternrechte **systematisch Rechnung zu tragen**.⁵²

⁴⁵ ZH (S. 3 und 5); ATFMR (S. 4–5), AvenirSocial (S. 2), DJS (S. 6), EKdM (S. 1 und 2), F-information (S. 5 und 6), Fachstelle OKey (S. 2), Fondation KidsToo (S. 1), Frauenberatung sexuelle Gewalt (S. 2), Frieda (S. 2 und 4), Kinderanwaltschaft Schweiz (S. 2 und 3), KOKES (S. 1 und 2), MMI (S. 2–3), Netzwerk Kinderrechte Schweiz (S. 2), Ombudsstelle Kinderrechte Schweiz (S. 2–3 und 4), PACH Pflege- und Adoptivkinder Schweiz (S. 1–2), SF MVB (S. 2), SVR (S. 2) und Unicef (S. 2).

⁴⁶ AvenirSocial (S. 1 und 3), DAO (S. 2), EKFF (S. 2), FHbB (S. 3), Frauenhaus Luzern (S. 2), Frauenhaus Zürich (S. 3), Kinderanwaltschaft Schweiz (S. 5), Netzwerk Kinderrechte Schweiz (S. 1, 3, 4 und 5), PACH Pflege- und Adoptivkinder Schweiz (S. 1–2), SF MVB (S. 1 und 3) und Unicef (S. 1–4).

⁴⁷ NW (S. 2) und VS (S. 1); Frieda (S. 2), SKG (S. 4) und SVFM (S. 2).

⁴⁸ GL und ZH (S. 4); SP Frauen Schweiz (S. 2) und SP (S. 2); ATFMR (S. 8), AvenirSocial (S. 3), EKdM (S. 2 und 3), EKFF (S. 3), F-information (S. 6), Frieda (S. 3), Kinderanwaltschaft Schweiz (S. 3 und 5), LAVI Centre Genevois (S. 1–2), MMI (S. 2), Netzwerk Kinderrechte Schweiz (S. 2), PACH Pflege- und Adoptivkinder Schweiz (S. 2), SF MVB (S. 2), Unicef (S. 2) und UNIGE (S. 2).

⁴⁹ ATFMR (S. 2–3 und 8) und DJS (S. 7).

⁵⁰ EKF (S. 2), femmes protestantes (S. 3) und SVAMV (S. 2).

⁵¹ ZH (S. 4); SP (S. 2); ATFMR (S. 5–6 und 8), DAO (S. 2), DJS (S. 4 und 9), EKdM (S. 2 und 3), F-information (S. 6–7), FHbB (S. 3), Fondation KidsToo (S. 1–3 und 7), Frauenhaus freiburg (S. 1–2), Frauenhaus Luzern (S. 2), Frauenhaus Zürich (S. 3), Frieda (S. 1–3), LAVI Centre Genevois (S. 1 und 2), Netzwerk Kinderrechte Schweiz (S. 2), SKHG (S. 1), SVAMV (S. 4) und SVF (S. 2).

⁵² VD (S. 2); SP (S. 2); F-information (S. 7), Frauenhaus freiburg (S. 3), LAVI Centre Genevois (S. 1 und 2), SKHG (S. 1) und SVAMV (S. 4).

Vernehmlassungsbericht: Änderung Zivilgesetzbuch (Förderung der alternierenden Obhut)

- Mit dem Vorentwurf bestehe die Gefahr, dass die Kontrolle des Opfers durch einen Gewalttäter noch verstärkt werde, insbesondere durch Variante 2 und den vorgeschlagenen Mechanismus.⁵³

Für die weiteren Bemerkungen zur Frage der häuslichen Gewalt siehe Kapitel 6.3.

- Dass die alternierende Obhut in der Praxis oft nicht angeordnet werde, sei ganz allgemein auf die **tatsächlichen Lebensumstände der Familie** zurückzuführen, und mit der Vorlage könne diesen Besonderheiten nicht genügend Rechnung getragen werden.⁵⁴ Gegen den Willen der Eltern die alternierende Obhut anzuordnen, könne von diesen als Einmischung wahrgenommen werden.⁵⁵
- Weiter sei die Vorlage fragwürdig, **weil sie ausser Acht lasse, dass die Aufteilung der Betreuung die Höhe der Unterhaltsbeiträge bestimmt**.⁵⁶ Es komme nämlich vor, dass Väter die alternierende Obhut beantragen würden, nicht um sich mehr um die Kinder zu kümmern, sondern um die Höhe der Unterhaltsbeiträge zu reduzieren. Die Vorlage dürfe für diese Väter nicht zu einem Instrument werden, um ihre Unterhaltspflicht zu umgehen.⁵⁷

Für die weiteren Bemerkungen zur Frage des Unterhalts vergleiche Kapitel 6.6.

5 Kommentare zu den beiden Varianten

5.1 Allgemeine Bemerkungen zu den Varianten

5.1.1 Wahl der Variante

Die grosse Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden hat zu beiden Varianten Stellung genommen. Nur 2 Kantone, welche die Vorlage ablehnen,⁵⁸ 6 Organisationen⁵⁹ und 4 Privatpersonen⁶⁰ haben sich nicht zu dieser Frage geäussert.

⁵³ EKdM (S. 3), Fondation KidsToo (S. 1) und SVF (S. 2).

⁵⁴ TG (S. 1) und ZH (S. 2); Alleinerziehende Ein-Eltern-Familien Region Ostschweiz, (S. 1), ATFMR (S. 2), EKdM (S. 2), EKF (S. 1–2), F-information (S. 2 und 3), Fachstelle OKey (S. 2), femmes protestantes (S. 2–3), Fondation KidsToo (S. 6), Ombudsstelle Kinderrechte (S. 2–3), SVAMV (S. 1–2), SVFM (S. 2) und UNIGE (S. 2 und 3).

⁵⁵ ZH (S. 3); EKdM (S. 1 und 3), EKF (S. 2), femmes protestantes (S. 2), Frieda (S. 2), SVAMV (S. 1–2) und SVFM (S. 2).

⁵⁶ ZH (S. 5); DJS (S. 4 und 7–8).

⁵⁷ alliance F (S. 2), ATFMR (S. 7), Avenir Familles (S. 2), DJS (S. 8), EKdM (S. 3), EKF (S. 2), F-information (S. 4–5), femmes protestantes (S. 2) und SVAMV (S. 3).

⁵⁸ GL und SO.

⁵⁹ Frauenhaus freiburg, Frieda (S. 4), LAVI Centre Genevois, männer.ch, MMI und SVF.

⁶⁰ Burkhard, Handschin, Köppli und Wüthrich.

Vernehmlassungsbericht: Änderung Zivilgesetzbuch (Förderung der alternierenden Obhut)

23 Teilnehmende (11 Kantone⁶¹, 5 Parteien⁶² und 7 Organisationen⁶³) bevorzugen die **Variante 1**, während sich 38 Teilnehmende (3 Kantone⁶⁴, 2 Parteien⁶⁵, 8 Organisationen⁶⁶ und 25 Privatpersonen⁶⁷) für die **Variante 2** aussprechen.

46 Teilnehmende (10 Kantone⁶⁸, 2 Parteien⁶⁹ und 34 Organisationen⁷⁰) sind der Ansicht, dass **weder die eine noch die andere Variante** überzeugt. 25 dieser Teilnehmenden (6 Kantone⁷¹ und 19 Organisationen⁷²) könnten sich jedoch mit der Variante 1 abfinden oder dieser mit einigen Änderungen zustimmen

5.1.2 Begrifflichkeit

Mehrere Vernehmlassungsteilnehmende sind der Ansicht, dass die aktuellen Begrifflichkeiten des Gesetzes (alleinige Obhut, persönlicher Verkehr, alternierende Obhut) **ungeeignet** sind, und schlagen vor, diese **durch Begriffe, welche die Betreuung des Kindes ins Zentrum stellen, zu ersetzen** (vgl. Kap. 6.5). Der in der Variante 2 verwendete Begriff «Betreuung» wird als angemessener beurteilt,⁷³ da er die effektive Beteiligung der Eltern am täglichen Leben des Kindes besser widerspiegelt⁷⁴ und die Fragen beantwortete, die sich im Zusammenhang mit den geltenden Gesetzesbestimmungen gestellt haben und die vom Bundesgericht

⁶¹ AG, BE, FR (S. 1–2), JU (S. 1 und 2), LU (S. 1), NW (S. 2), TI (S. 1–3), UR (S. 1), VD (S. 1), VS (S. 2) und ZG (S. 2).

⁶² Die Mitte (S. 2), EDU (S. 1), EVP (S. 2), FDP (S. 1) und GRÜNE (S. 1–2).

⁶³ alliance F (S. 1), EKKJ (S. 2), Freikirchen.ch (S. 1), Pro Familia (S. 4), Pro Juventute (S. 2), SBVC (S. 2) und VeV Schweiz (S. 2–3).

⁶⁴ GE (S. 1), NE (S. 1) und SG (S. 1).

⁶⁵ Grünliberale und SVP.

⁶⁶ AGNA (S. 4), Bally, CROP (S. 2), GeCoBi (S. 2), IGM Schweiz (S. 2), KESCHA, Justiz & Familienrechtsaufsicht Swiss (S. 2) und SVMF (S. 2 und 3), obwohl gegen die Revision.

⁶⁷ Acarli, Beck, Buballa, Eisenegger, Geburtig, Heimann, Heimann&Müller, Kreutzer, Künzli, Kurth, Lehrmann, Lötscher, Marcin, Moos, Odermatt, Petitjean, Rüegg, Schmidli, Sigrist, Skipwith, Stähli, Suter, Trojer, van Loon und Weisstanner.

⁶⁸ AI, AR, BL, BS (S. 2), GR (S. 1), OW, SH (S. 1 und 2), SZ (S. 1), TG (S. 2) und ZH (S. 5).

⁶⁹ SP (S. 1–2) und SP Frauen Schweiz (S. 1–2).

⁷⁰ Alleinerziehende Ein-Eltern-Familien Region Ostschweiz (S. 1 und 2), ATFMR (S. 3 und 8), AvenirSocial (S. 4–5), BIF (S. 2), DAO (S. 2–3), DJS (S. 3–10), EkdM (S. 4), EKF (S. 3), EKFF (S. 3), F-information (S. 8), Fachstelle OKey (S. 2), femmes protestantes (S. 4), FHbB (S. 3), Fondation KidsToo (S. 1), Frauenberatung sexuelle Gewalt (S. 2), Frauenhaus Luzern (S. 2), Frauenhaus Zürich (S. 3), FSP SKJP (S. 3), Kinderanwaltschaft Schweiz (S. 6 ff.), KOKES (S. 3), Mädchenhaus Zürich (S. 2–3), Movimento Papageno (S. 16), Netzwerk Kinderrechte Schweiz (S. 4), ODAGE (S. 3), Ombudsstelle Kinderrechte Schweiz (S. 2 und 6), PACH Pflege- und Adoptivkinder Schweiz (S. 1), SF MVB (S. 4), SKG (S. 7), SKHG (S. 2), SVAMV (S. 2), SVR (S. 3 und 4), Unicef (S. 1 und 4), UNIGE (S. 4) und UNINE (S. 4).

⁷¹ AR, BL, BS (S. 2), OW, SZ (S. 1) und TG (S. 2).

⁷² Alleinerziehende Ein-Eltern-Familien Region Ostschweiz, (S. 2), ATFMR (S. 3 und 8), AvenirSocial (S. 5), EKF (S. 3), F-information (S. 8), Fachstelle OKey (S. 2), femmes protestantes (S. 4), Frauenberatung sexuelle Gewalt (S. 2 und 3), FSP SKJP (S. 3), KOKES (S. 3), Netzwerk Kinderrechte Schweiz (S. 4), ODAGE (S. 3), PACH Pflege- und Adoptivkinder Schweiz (S. 3), SF MVB (S. 4), SKG (S. 7), SKHG (S. 2), SVAMV (S. 2), Unicef (S. 4) und UNIGE (S. 4).

⁷³ SG (S. 1); KESCHA.

⁷⁴ UNINE (S. 3).

Vernehmlassungsbericht: Änderung Zivilgesetzbuch (Förderung der alternierenden Obhut)

geklärt wurden⁷⁵. 1 Kanton⁷⁶ bedauert, dass nur für die Variante 2 Überlegungen zur Begrifflichkeit angestellt wurden. 2 Teilnehmende (1 Kanton und 1 Organisation)⁷⁷ sind jedoch der Ansicht, dass die in der Variante 2 vorgeschlagene Änderung in der französischen Fassung («prise en charge» anstatt «garde») zu Verwirrung zwischen den Begriffen «prise en charge personnelle» (Betreuung) und «prise en charge financière» (Übernahme der Kosten) führen könnte.

1 Organisation⁷⁸ begrüsst insbesondere, dass die beiden Varianten nun festhalten, dass die alternierende Obhut nur dann angeordnet werden darf, «wenn sie dem **Kindeswohl am besten entspricht**», und es nicht mehr ausreicht, dass sie lediglich «im Sinne des Kindeswohls» ist, wie der bisherige Gesetzestext vorsieht. Dies mache deutlich, dass individuelle und nicht pauschale Modelle gefunden werden müssen. 2 Organisationen⁷⁹ wünschen zudem, dass die Terminologie an jene der UNO-Kinderrechtskonvention angepasst und der Begriff «Kindeswohl» im Gesetzestext durch «übergeordnetes Kindesinteresse» ersetzt wird.

5.2 Variante 1

Unabhängig von ihrer Stellungnahme zum Vorentwurf oder ihrer Bevorzugung einer der Varianten lassen sich die von den Vernehmlassungsteilnehmenden für oder gegen die Variante 1 vorgebrachten Argumente nach folgenden Gesichtspunkten zusammenfassen:

5.2.1 Argumente für die Variante 1

- Diese Variante sei **näher am bisherigen Recht**⁸⁰ und der geltenden **Praxis**⁸¹.
- Diese Variante sei **flexibler und stärker auf das Kindeswohl ausgerichtet** als Variante 2.⁸² Sie verpflichte die zuständige Behörde, das diesem am besten entsprechende Betreuungsmodell zu wählen,⁸³ ohne der alternierenden Obhut automatisch den Vorrang zu geben oder die bisherige Betreuungsregelung mit dem Argument der Stabilität automatisch weiterzuführen⁸⁴.
- Diese Variante ermögliche eine **flexiblere Aufteilung der Betreuung** (60/40- oder 70/30-Aufteilungen)⁸⁵ und der Begriff der alternierenden Obhut werde nicht streng als Betreuung «zu gleichen Teilen» definiert, was nicht der gelebten Realität der Mehrheit der Familien entspreche⁸⁶.

⁷⁵ FR (S. 1).

⁷⁶ JU (S. 1).

⁷⁷ VD (S. 2); ODAGE (S. 2).

⁷⁸ Ombudsstelle Kinderrechte Schweiz (S. 3).

⁷⁹ EKKJ (S. 3) und Ombudsstelle Kinderrechte Schweiz (S. 3).

⁸⁰ BE (S. 2), NW (S. 2) und VD (S. 1); EDU (S. 1); ATFM (S. 3), EKF (S. 3), femmes protestantes (S. 4), FSP SKJP (S. 3) und SVAMV (S. 3).

⁸¹ FR (S. 1), NW (S. 2), TG (S. 2), VD (S. 1) und ZG (S. 1 und 2); EVP (S. 2).

⁸² FR (S. 1); SKHG (S. 2) und UNIGE (S. 4).

⁸³ UNIGE (S. 4).

⁸⁴ BS (S. 2).

⁸⁵ TI (S. 2); EDU (S. 1).

⁸⁶ Die Mitte (S. 2) und FDP (S. 1); EKKJ (S. 2).

Vernehmlassungsbericht: Änderung Zivilgesetzbuch (Förderung der alternierenden Obhut)

- **Das in dieser Variante vorgesehene Erfordernis eines vorgängigen Antrags wird positiv beurteilt**, da damit eine automatische Prüfung der alternierenden Obhut verhindert werde und gewährleistet sei, dass die Behörde diese Option nur prüft, wenn sie von mindestens einer Partei beantragt wird.⁸⁷ Diese Variante biete somit allen interessierten Personen die rechtliche Möglichkeit, einen entsprechenden Antrag zu stellen.⁸⁸
- Diese Variante **stärke die Pflicht der zuständigen Behörden**, die alternierende Obhut ernsthaft **zu prüfen, ohne einen Automatismus einzuführen**.⁸⁹ Sie lasse den Behörden die nötige Flexibilität, die Situation im Einzelfall zu beurteilen,⁹⁰ und dabei den Fähigkeiten der Eltern sowie dem Wohl und den Rechten des Kindes Rechnung zu tragen⁹¹.
- Die Einführung des zweiten Satzes leiste einen positiven Beitrag, da damit **die Rechtsprechung des Bundesgerichts weitergeführt und im Gesetz verankert werde**.⁹² Dies stärke die Rechtssicherheit, führe zu mehr Klarheit⁹³ und gewährleiste den Ermessensspielraum der Gerichte⁹⁴. Damit liessen sich Konflikte vermeiden und die Akzeptanz dieser Form der Obhut durch die Parteien verbessern.⁹⁵
- Diese Variante **fördere die gemeinsame Verantwortung der Eltern**⁹⁶ und sende ein klares und positives **Signal** an zerstrittene Eltern, dass die alternierende Obhut bevorzugt werden müsse, wenn sie dem Kindeswohl am besten entspricht⁹⁷.
- Diese Variante fördere eine gewisse Gleichstellung der Eltern, ohne den Familien ungeeignete Modelle aufzuzwingen.⁹⁸

5.2.2 Argumente gegen die Variante 1

Die Vernehmlassungsteilnehmenden, die diese Variante ablehnen, weisen auf folgende Nachteile hin:

- Diese Variante bringe **keinen Mehrwert**, da sie der aktuellen Praxis entspreche.⁹⁹

⁸⁷ BL ; EDU (S. 1) ; VeV Suisse (p. 2).

⁸⁸ GeCoBi (S. 2) und VeV Suisse (p. 2).

⁸⁹ BS (S. 2); FDP (S. 1); alliance F (S. 1).

⁹⁰ BS (S. 2) und NW (S. 2); alliance F (S. 1).

⁹¹ FR (S. 1); FDP (S. 1); alliance F (S. 1) und EKKJ (S. 2).

⁹² AG (S. 1), BL, BS (S. 2), FR (S. 1), LU (S. 2), NW (S. 2), TG (S. 2), UR (S. 1), VD (S. 1) und ZG (S. 2); Die Mitte (S. 2), EDU (S. 1), FDP (S. 1), GRÜNE (S. 1–2) und SP Frauen Schweiz (S. 1–2); EKF (S. 3), femmes protestantes (S. 4), Freikirchen.ch (S. 1), Pro Familia (S. 4), Pro Juventute (S. 2) und SVAMV (S. 3).

⁹³ AG (S. 1), LU (S. 2), TG (S. 2) und UR (S. 1); FDP (S. 1); EKF (S. 3), femmes protestantes (S. 4), Pro Juventute (S. 2) und SVAMV (S. 3).

⁹⁴ NW (S. 2); FDP (S. 1).

⁹⁵ VD (S. 1–2); GeCoBi (S. 2) und IGM Schweiz (S. 1).

⁹⁶ FR (S. 1); FDP (S. 2).

⁹⁷ BS (S. 2) und LU (S. 2); FDP (S. 2); EKF (S. 3), femmes protestantes (S. 4) und SVAMV (S. 2).

⁹⁸ FDP (S. 2).

⁹⁹ AI (S. 1), GR (S. 2), JU (S. 1) und SH (S. 1–2); SP (S. 2 und 3) und SP Frauen Schweiz (S. 1–2); ATFMR (S. 3), AvenirSocial (S. 4), BIF (S. 2), CROP (S. 11), DAO (S. 3), Fachstelle OKey (S. 1), FHbB (S. 2), Frauenberatung sexuelle Gewalt (S. 2), Frauenhaus Luzern (S. 2), Frauenhaus Zürich (S. 3), IGM Schweiz (S. 1), KOKES (S. 2) und ODAGE (S. 2).

Vernehmlassungsbericht: Änderung Zivilgesetzbuch (Förderung der alternierenden Obhut)

- Die Beschränkung der Prüfung der alternierenden Obhut auf die Fälle, in denen vorgängig ein Antrag gestellt wurde, habe den **Nachteil, dass das Gericht diese Option nicht von Amtes wegen prüfen müsse**. Zudem könnte ein Elternteil zögern, diese zu beantragen, weil sie oder er nicht über die entsprechenden Informationen verfüge oder Angst habe, den Kontakt zum Kind zu verlieren, wenn sich der andere Elternteil dagegen ausspricht.¹⁰⁰
- Die Formulierung «*gibt dieser den Vorzug*» könnte so ausgelegt werden, dass der **Ermessensspielraum der Gerichte und Behörden eingeschränkt** und ein bestimmtes Betreuungsmodell gesetzlich bevorzugt werde, obwohl das Bundesgericht die Prüfung einer ganzen Reihe von Kriterien verlange.¹⁰¹
- Zudem **widerspreche** die Bevorzugung oder gar «Privilegierung» eines bestimmten Betreuungsmodells im Gesetz **dem Kindeswohl**, das eine ergebnisoffene und umfassende Prüfung im Einzelfall verlange.¹⁰²
- Ausserdem seien die Länder, die diesem Modell den Vorzug gegeben hätten, **wieder davon abgerückt**.¹⁰³
- Der angefügte Satz «*die Weigerung eines Elternteils steht der Prüfung und Anordnung der alternierenden Obhut nicht entgegen*» sei **unnötig**, da diese Weigerung bereits gemäss der bestehenden Praxis und bundesgerichtlichen Rechtsprechung nicht entscheidend sei.¹⁰⁴ Zudem könne diese Weigerung in gewissen Fällen nötig sein, um den Schutzbedürfnissen des Kindes zu entsprechen. Eine individuelle Prüfung müsse daher möglich bleiben, um zu verhindern, dass allfällige Gefahren übersehen werden¹⁰⁵ (z.B. eine Zunahme von Konflikten¹⁰⁶). Die gesetzliche Verankerung der Möglichkeit, die alternierende Obhut trotz der Weigerung eines Elternteils anzuordnen, könnte die Konflikte zwischen zerstrittenen Eltern zusätzlich befeuern¹⁰⁷ und die Belastung der Kinder erhöhen¹⁰⁸.
- Die Durchsetzung dieses Betreuungsmodells könnte zum **Nachteil der Kinder erfolgen und mit erheblichen Risiken für Missbrauch und Instrumentalisierung der Kinder sowie mit Loyalitätskonflikten verbunden sein**.¹⁰⁹

¹⁰⁰ AGNA (S. 4), CROP (S. 11), GeCoBi (S. 2), IGM Schweiz (S. 1–2) und VeV Suisse (p. 2).

¹⁰¹ SH (S. 2); Kinderanwaltschaft Schweiz (S. 6), Netzwerk Kinderrechte Schweiz (S. 4), ODAGE (S. 2), PACH Pflege- und Adoptivkinder Schweiz (S. 2), SF MVB (S. 3–4) und Unicef (S. 4).

¹⁰² Fondation KidsToo (S. 1), Kinderanwaltschaft Schweiz (S. 6 und 8), Netzwerk Kinderrechte Schweiz (S. 4) und SVR (S. 2 und 3).

¹⁰³ SVFM (S. 2).

¹⁰⁴ GR (S. 2); ODAGE (S. 2).

¹⁰⁵ Kinderanwaltschaft Schweiz (S. 6 und 8).

¹⁰⁶ SF MVB (S. 4).

¹⁰⁷ Kinderanwaltschaft Schweiz (S. 6 und 8), Netzwerk Kinderrechte Schweiz (S. 4), PACH Pflege- und Adoptivkinder Schweiz (S. 3), SKHG (S. 2) und Unicef (S. 4).

¹⁰⁸ Netzwerk Kinderrechte Schweiz (S. 4), PACH Pflege- und Adoptivkinder Schweiz (S. 3), SKHG (S. 2) und Unicef (S. 4).

¹⁰⁹ SVFM (S. 2).

Vernehmlassungsbericht: Änderung Zivilgesetzbuch (Förderung der alternierenden Obhut)

5.2.3 Vorschläge zur Änderung der Variante 1

2 Teilnehmende¹¹⁰ schlagen vor, in den Artikeln 298 Absatz 2^{ter} und 298b Absatz 3^{ter} ZGB die Stelle «*wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt*» zu streichen, damit die zuständige Behörde die alternierende Obhut unabhängig von einem entsprechenden Antrag prüfen und anordnen kann. Diese Prüfung sei bereits gestützt auf den Untersuchungs- und Oficialgrundsatz möglich. Die Beibehaltung dieser Formulierung stelle daher einen Rückschritt gegenüber den bestehenden Möglichkeiten dar.¹¹¹

1 Organisation¹¹² ist der Ansicht, dass diese Variante mit einer gesetzlichen Informationspflicht einhergehen sollte (siehe Kapitel 6.8).

5.3 Variante 2

5.3.1 Argumente für die Variante 2

Einige Vernehmlassungsteilnehmende sind der Ansicht, dass Variante 2 aus den folgenden Gründen zu befürworten ist:

- Aus *Sicht der Eltern* schaffe diese Variante bei einer Trennung oder Scheidung **Klarheit und Rechtssicherheit**.¹¹³ Mit dem Verzicht auf einen Antrag eines Elternteils oder des Kindes und der Einführung der gesetzlichen Vermutung der alternierenden Obhut liesse sich **verhindern, dass diese Betreuungsform umgangen werde**.¹¹⁴
- Zudem **fördere sie Verhandlungen** über ihre Umsetzung anstelle von Konflikten,¹¹⁵ **garantiere die Gleichbehandlung** bei der Prüfung der elterlichen Situationen¹¹⁶ und **begünstige eine aktive und ausgewogene gemeinsame Elternschaft**,¹¹⁷ **wobei gleichzeitig das Kindeswohl gewahrt bleibe**.¹¹⁸
- Aus *Sicht des Kindes* ermögliche diese Variante, die **Prüfung vollumfänglich auf dessen Wohl auszurichten**, da kein Antrag eines Elternteils oder des Kindes mehr erforderlich sei.¹¹⁹ Zudem **entlaste sie das Kind von der Pflicht**, in Konfliktsituationen oder bei Uneinigkeit der Eltern, **selbst einen Antrag stellen zu müssen**.¹²⁰ Indem die alternierende

¹¹⁰ BS (S. 2–3); Die Mitte (S. 2).

¹¹¹ BS (S. 2).

¹¹² VeV suisse (S. 3).

¹¹³ CROP (S. 11) und GeCoBi (S. 3).

¹¹⁴ GeCoBi (S. 2) und IGM Schweiz (S. 2); Sigrist.

¹¹⁵ GeCoBi (S. 3); Sigrist und Trojer (S. 1–2).

¹¹⁶ GE (S. 1).

¹¹⁷ GE (S. 1), NE (S. 1) und SG (S. 1); SVP; AGNA (S. 4 und 5); Acarli, Bally, Beck, Buballa, Eisenegger, Geburtig, Heimann, Heimann&Müller, Kreutzer, Künzli, Kurth, Lehrmann, Lötscher, Marcin, Moos, Odermatt, Petitjean, Rüegg, Schmidli, Sigrist, Skipwith, Stähli, Suter, Trojer, van Loon und Weisstanner.

¹¹⁸ GE (S. 1) und NE (S. 1); AGNA (S. 4 und 5); Acarli, Bally, Beck, Buballa, Eisenegger, Geburtig, Heimann, Heimann&Müller, Kreutzer, Künzli, Kurth, Lehrmann, Lötscher, Marcin, Moos, Odermatt, Petitjean, Rüegg, Schmidli, Sigrist, Skipwith, Stähli, Suter, Trojer, van Loon und Weisstanner.

¹¹⁹ GE (S. 1) und NE (S. 1); Grünliberale.

¹²⁰ GE (S. 1) und NE (S. 1).

Vernehmlassungsbericht: Änderung Zivilgesetzbuch (Förderung der alternierenden Obhut)

Obhut zum Regelfall wird, werde zudem sichergestellt, dass das Kind die **Möglichkeit habe, die Beziehung zu beiden Elternteilen aufrechtzuerhalten**.¹²¹

- Die Variante 2 ermögliche die **Vereinheitlichung der Praxis**¹²², sehe die **Möglichkeit einer Kinderbetreuung zu gleichen Teilen** vor, **ohne dieser von Gesetzes wegen Vorrang einzuräumen**,¹²³ fördere die **Auseinandersetzung mit diesem Betreuungsmodell**, auch in Situationen, in denen dieses selten geprüft werde,¹²⁴ und **verhindere, dass gewisse Betreuungsarten ausgeschlossen würden**, weil kein Antrag gestellt worden sei¹²⁵. Schliesslich erlaube diese Variante eine **Gesamtanalyse der Rechte, Pflichten und Verantwortlichkeiten der Eltern**, einschliesslich der finanziellen Aspekte und der alltäglichen Betreuung der Kinder.¹²⁶

5.3.2 Argumente gegen die Variante 2

Die Vernehmlassungsteilnehmenden, die diese Variante ablehnen, machen hauptsächlich Folgendes geltend:

- Das **geltende Recht erlaube bereits**, die Betreuungslösung zu wählen, die dem Kind am besten entspricht.¹²⁷
- Diese Variante stelle eine **Einmischung des Gesetzgebers** in die Wahl des Familienmodells dar.¹²⁸
- Diese Variante wird aus folgenden Gründen als **zu starr** beurteilt:
 - o Damit werde ein streng egalitäres Betreuungsmodell eingeführt, das der **Realität der Familien nicht Rechnung trage und in der Praxis nur selten umsetzbar sei** (asymmetrische Aufteilung der Familienarbeit, Wohnsituation, finanzielle Mittel oder Drittbetreuungslösungen).¹²⁹ Daher **entspreche** dieses Modell **nicht dem Kindeswohl und könne sich nachteilig auf das Kind auswirken**.¹³⁰
 - o Indem das **Erfordernis eines vorgängigen Antrags** der Eltern oder des Kindes **gestrichen** werde, führe das Gesetz einen **Automatismus zugunsten dieses Modells**

¹²¹ IGM Schweiz (S. 2).

¹²² SG (S. 1).

¹²³ SVFM (S. 2).

¹²⁴ SG (S. 1).

¹²⁵ NE (S. 1).

¹²⁶ CROP (S. 11).

¹²⁷ SH (S. 2) und TG (S. 3).

¹²⁸ BL, BS (S. 1) und SH (S. 2); EVP (S. 2); Kinderanwaltschaft (S. 7).

¹²⁹ AI, BS (S. 1 und 2), FR (S. 1–2), JU (S. 2), LU (S. 2), NW (S. 2), TI (S. 2 und 3), TG (S. 3), VD (S. 2), VS (S. 1 und 2) und ZG (S. 2); SP (S. 2 und 3) und SP Frauen Schweiz (S. 1–3); alliance F (S. 2), AvenirSocial (S. 4), BIF (S. 2), EKF (S. 2 und 3), Fachstelle OKey (S. 2), femmes protestantes (S. 4 und 5), Fondation KidsToo (S. 1), Frauenberatung sexuelle Gewalt (S. 2), FSP SKJP (S. 3), KOKES (S. 2), Netzwerk Kinderrechte Schweiz (S. 4), Ombudsstelle Kinderrechte Schweiz (S. 6), PACH Pflege- und Adoptivkinder Schweiz (S. 3), Pro Juventute (S. 3), SF MVB (S. 4), SKHG (S. 2), SVAMV (S. 3) und Unicef (S. 4).

¹³⁰ AI, AR, BS (S. 1), FR (S. 2), GR (p. 2), LU (S. 2), SH (S. 2) und TI (S. 2); BIF (S. 2), Fachstelle OKey (p. 2), Fondation KidsToo (S. 1), Kinderanwaltschaft Schweiz (S. 7) und ODAGE (S. 3).

Vernehmlassungsbericht: Änderung Zivilgesetzbuch (Förderung der alternierenden Obhut)

- ein,¹³¹ auch wenn dies von den Betroffenen nicht gewünscht wird. Dadurch **werde es schwieriger umsetzbar und sei kontraproduktiv für die Familie sowie potenziell schädlich für das Kind.**¹³² Die Entscheidung zugunsten der alternierenden Obhut sollte auf dem aktiven Willen mindestens einer der beteiligten Personen beruhen.¹³³
- Ferner lasse diese Variante ausser Acht, dass sich die alternierende Obhut **nicht auf eine streng egalitäre Aufteilung der Zeit (50/50) beschränke, sondern auch asymmetrische Modelle umfasse.**¹³⁴
 - Die Variante 2 **verlängere und verkompliziere die Verfahren**, anstatt sie zum Wohl des Kindes zu straffen.¹³⁵ Sie führe zu einem **Mehraufwand** für die Gerichte und Behörden¹³⁶ und erfordere eine entsprechende Aufstockung der personellen Ressourcen¹³⁷.
 - Der **Ermessensspielraum der für die Entscheidung zuständigen Behörden dürfte eingeschränkt** werden, da diese Variante die Prüflöge umkehre. Die Behörden könnten zwar von einer Betreuung zu gleichen Teilen abweichen, aber der Druck, im Streitfall dieses Modell anzuordnen, würde grösser.¹³⁸
 - Es bestehe die Gefahr, dass die Betreuung zu gleichen Teilen zum Regelfall werde, **was die Beweislast umkehren würde**, weil die Partei, die dieses Modell ablehnt, darlegen müsste, dass dieses nicht geeignet sei. Dadurch könnte die **Prüfung des Kindeswohls in den Hintergrund rücken.**¹³⁹ Durch die Platzierung des Verweises auf das Kindeswohl am Schluss des Satzes als einfache Ausnahme könne der Eindruck entstehen, dass dieser wichtige Grundsatz nur noch zweitrangig sei.¹⁴⁰
 - Die mit der Variante 2 geschaffenen Erwartungen könnten **elterliche Konflikte verschärfen oder verursachen**,¹⁴¹ **taktisches Verhalten der Parteien fördern**¹⁴² und sogar mit der **Gefahr einhergehen, dass die alternierende Obhut angeordnet werde, ohne dem**

¹³¹ VD (S. 2) ; EDU (S. 1) ; femmes protestantes (S. 4), SVAMV (S. 3) und VeV suisse (p. 2).

¹³² AG, BL, FR, GR (S. 2), LU (S. 2), SH (S. 2) und VS (S. 2); EVP (S. 2); ATFMR (S. 3), BIF (S. 2), EKKJ (S. 2), Fachstelle OKey (S. 2), Frauenberatung sexuelle Gewalt (S. 2), Freikirchen.ch (S. 1), Kinderanwaltschaft Schweiz (S. 7), ODAGE (S. 2), Ombudsstelle Kinderrechte Schweiz (S. 4) SKG (S. 5) und VeV suisse (p. 2).

¹³³ AG.

¹³⁴ BE (S. 2), BS (S. 1), FR (S. 1), JU (S. 1) und TG (S. 3); EKF (S. 3), EKKJ (S. 2), ODAGE (S. 2), Pro Juventute (S. 2) und SVAMV (S. 3).

¹³⁵ UR (S. 1) und VD (S. 2); EKF (S. 3).

¹³⁶ LU (S. 2) und UR (S. 1); EDU (S. 1); EKF (S. 3), femmes protestantes (S. 4), KOKES (S. 2), ODAGE (S. 2) und SVAMV (S. 3).

¹³⁷ UR (S. 1); KOKES (S. 2) und SVAMV (S. 3).

¹³⁸ Netzwerk Kinderrechte Schweiz (S. 4), ODAGE (S. 3), PACH Pflege- und Adoptivkinder Schweiz (S. 3), SF MVB (S. 4) und Unicef (S. 4).

¹³⁹ BE (S. 2) und ZG (S. 2); SKG (S. 5) und SKHG (S. 2).

¹⁴⁰ Kinderanwaltschaft Schweiz (S. 7).

¹⁴¹ BE (S. 2) und NW (S. 2); UNIGE (S. 4).

¹⁴² EDU (S. 1); Pro Juventute (S. 2–3).

Vernehmlassungsbericht: Änderung Zivilgesetzbuch (Förderung der alternierenden Obhut)

Vorliegen häuslicher Gewalt Rechnung zu tragen,¹⁴³ was das Wohl sowohl der Kinder¹⁴⁴ als auch der Frauen, die Opfer von Gewalt sind, ernsthaft gefährde¹⁴⁵.

- Die «automatische» Anordnung der alternierenden Obhut könnte zur Folge haben, dass die Behörden **systematisch Beistandschaften errichten** müssen, beispielsweise mit dem Auftrag, die Kommunikation zwischen den Eltern zu verbessern.¹⁴⁶
- Die Annahme, dass die Betreuung zu gleichen Teilen für das Kindeswohl die beste Lösung ist, sei **aus wissenschaftlicher Sicht** nicht belegt.¹⁴⁷
- Die **anderen Länder**, die entsprechende Rechtsvorschriften erlassen hatten, seien davon alle **wieder** zugunsten von situationsangepassten Einzelfalllösungen **abgerückt**.¹⁴⁸
- Zudem **blende** eine «formale Gleichstellung» in Form einer automatischen 50/50-Betreuung die **Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern bei der Rollenteilung der Eltern und deren Auswirkungen auf die Trennung/Scheidung aus**¹⁴⁹ und dürfte bei der Festsetzung der Unterhaltsbeiträge schwer umsetzbar sein. Die Erwartung, dass die Kinderkosten trotz oft ungleicher finanzieller Ressourcen hälftig geteilt werden, könnte zu Spannungen sowie zu emotionalem und wirtschaftlichem Druck führen,¹⁵⁰ insbesondere bei den Müttern¹⁵¹.
- Diese Variante habe **Auswirkungen auf die Berechnung des Unterhaltsbeitrags**, da sich dessen Höhe mit der alternierenden Obhut deutlich reduzieren lasse. Sie könnte Druck auf die **Frauen** ausüben, **rasch wieder in das Berufsleben einsteigen zu müssen**.¹⁵²
- Um kohärent zu sein, müsste die Gesetzesänderung **alle einschlägigen Bestimmungen zu Obhut und Unterhalt** beinhalten, nicht nur zwei Artikel.¹⁵³

6 Bemerkungen, Verbesserungswünsche und Vorschläge

Gleich wie bei den Kritikpunkten (vgl. Kap. 4) haben die Vernehmlassungsteilnehmenden unabhängig von ihrer Stellungnahme zur Vorlage Verbesserungs- oder gar Reformwünsche formuliert.

¹⁴³ ZH (S. 4); Fachstelle OKey (S. 2), Frauenberatung sexuelle Gewalt (S. 2) und SKG (S. 6).

¹⁴⁴ DAO (S. 2), Fachstelle OKey (S. 2), FHbB (S. 2), Frauenberatung sexuelle Gewalt (S. 2–3), Frauenhaus Luzern (S. 2) und Frauenhaus Zürich (S. 3).

¹⁴⁵ alliance F (S. 1-2).

¹⁴⁶ AvenirSocial (S. 4) und KOKES (S. 2).

¹⁴⁷ KOKES (S. 2).

¹⁴⁸ VS (S. 2); EKKJ (S. 2) und SKG (S. 4).

¹⁴⁹ SP Frauen Schweiz (S. 1); SKHG (S. 2).

¹⁵⁰ SBVC (S. 2).

¹⁵¹ EKF (S. 3), femmes protestantes (S. 5) und SVAMV (S. 3).

¹⁵² SKG (S. 6).

¹⁵³ VD (S. 2); UNIGE (S. 4).

Vernehmlassungsbericht: Änderung Zivilgesetzbuch (Förderung der alternierenden Obhut)

6.1 Verbesserung der Kinderrechte

24 Teilnehmende (1 Partei¹⁵⁴ und 23 Organisationen¹⁵⁵) weisen darauf hin, dass die Vorlage Verbesserungen bei den Kinderrechten vorsehen sollte (für die Anhörung von Kindern ausgebildetes Personal,¹⁵⁶ Anhörung der Kinder und Jugendlichen und bessere Berücksichtigung ihrer Meinung,¹⁵⁷ Beistandschaft und obligatorische Vertretung des Kindes in Konfliktsituationen,¹⁵⁸ Informationspflicht,¹⁵⁹ Schutz der Kinder im Fall von Konflikten und häuslicher Gewalt¹⁶⁰).

Mehrere Organisationen¹⁶¹ schlagen daher vor, die Artikel 298 und 298b ZGB zu ergänzen und 4 Organisationen¹⁶² haben konkrete Änderungsvorschläge zur Pflicht formuliert, das Kind systematisch anzuhören, seine Meinung zu berücksichtigen und/oder ihm den Endentscheid in geeigneter Form mitzuteilen.

6.2 Verbesserung der Rahmenbedingungen

31 Teilnehmende (4 Kantone¹⁶³, 4 Parteien¹⁶⁴ und 23 Organisationen¹⁶⁵) sind der Ansicht, dass die Rahmenbedingungen in der Schweiz für Kinderbetreuung vor oder nach einer Trennung oder Scheidung für eine geteilte Betreuung nicht geeignet seien und diese verbessert werden sollten (insbesondere politische, soziale, familienbezogene und arbeitsrechtliche Massnahmen).

¹⁵⁴ EVP (S. 2).

¹⁵⁵ ATFM (S. 4), AvenirSocial (S. 3), BIF (S. 2), DAO (S. 2–3), EKdM (S. 3–4), EKFF (S. 2), EKKJ (S. 2–3), F-information (S. 6), Fachstelle OKey (S. 2), FHbB (S. 3), Frauenberatung sexuelle Gewalt (S. 3), Frauenhaus Luzern (S. 3), Frauenhaus Zürich (S. 3), Kinderanwaltschaft Schweiz (S. 5 und 8), MMI (S. 3), Netzwerk Kinderrechte Schweiz (S. 1 und 3), Ombudsstelle Kinderrechte Schweiz (S. 3–4 und 6), PACH Pflege- und Adoptivkinder Schweiz (S. 2), Pro Juventute (S. 2), SBVC (S. 2), SF MVB (S. 3), Unicef (S. 1 und 3) und UNIGE (S. 3).

¹⁵⁶ EKFF (S. 2) und SBVC (S. 2).

¹⁵⁷ EVP (S. 2); ATFM (S. 4 und 8), AvenirSocial (S. 3), BIF (S. 2), DAO (S. 2–3), F-information (S. 6), Fachstelle OKey (S. 2), FHbB (S. 3), Frauenberatung sexuelle Gewalt (S. 3), Frauenhaus Luzern (S. 3), Frauenhaus Zürich (S. 3), Kinderanwaltschaft Schweiz (S. 5 und 8) und Pro Juventute (S. 2 und 3).

¹⁵⁸ EKdM (S. 3–4).

¹⁵⁹ Ombudsstelle Kinderrechte Schweiz (S. 3).

¹⁶⁰ BIF (S. 2), Fachstelle OKey (S. 2) und UNIGE (S. 3).

¹⁶¹ EKKJ (S. 3), Kinderanwaltschaft Schweiz (S. 8), Netzwerk Kinderrechte Schweiz (S. 5), PACH Pflege- und Adoptivkinder Schweiz (S. 3) und Pro Juventute (S. 3).

¹⁶² EKKJ (S. 3), Kinderanwaltschaft Schweiz (S. 8), Netzwerk Kinderrechte Schweiz (S. 5) und PACH Pflege- und Adoptivkinder Schweiz (S. 3).

¹⁶³ AI, NW (S. 2), VS (S. 1) und ZH (S. 3–4).

¹⁶⁴ EDU (S. 2), GRÜNE (S. 2), SP (S. 1–3) und SP Frauen Schweiz (S. 2–3).

¹⁶⁵ Alleinerziehende Ein-Eltern-Familien Region Ostschweiz (S. 1 und 2), alliance F (S. 3), ATFM (S. 2, 7 und 8), Avenir Familles (S. 1), BIF (S. 3), DJS (S. 9 und 10), EKdM (S. 4), EKF (S. 1 und 2), EKFF (S. 3), EKKJ (S. 1), F-information (S. 3), Fachstelle OKey (S. 2–3), femmes protestantes (S. 2), Fondation KidsToo (S. 6), Frauenberatung sexuelle Gewalt (S. 3), Frieda (S. 3), Kinderanwaltschaft Schweiz (S. 4 und 8), Pro Familia (S. 4), Pro Juventute (S. 3), SKG (S. 4 und 6), SVAMV (S. 1 und 2), UNIGE (S. 3) und UNINE (S. 4).

Vernehmlassungsbericht: Änderung Zivilgesetzbuch (Förderung der alternierenden Obhut)

Verbessert werden sollten insbesondere die **Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben**.¹⁶⁶ Das bedinge namentlich ein genügend grosses und gutes Angebot an **Kinderbetreuungsplätzen**,¹⁶⁷ die Schaffung und Förderung **flexibler und fairer Arbeitsmodelle** für beide Elternteile,¹⁶⁸ **Lohnungleichheit**,¹⁶⁹ eine **Sensibilisierung** der Gesellschaft für die **Vaterschaft als aktive und gleichwertige Elternrolle**,¹⁷⁰ die Einführung eines **gleichberechtigten Elternurlaubs**,¹⁷¹ die gesellschaftliche Aufwertung der Care-Arbeit,¹⁷² **faire Unterhalts- und Sozialversicherungsregelungen**,¹⁷³ **bezahlbarer Wohnraum**,¹⁷⁴ **Begleitungsangebote für die Eltern**¹⁷⁵ und die **Individualbesteuerung**.¹⁷⁶

Mehrere Vernehmlassungsteilnehmende betonen zudem, dass die Förderung einer **ausgewogenen Verteilung der Hausarbeit während des gemeinsamen Lebens** wichtig sei und präzisieren, dass diese Verteilung nicht zu einer unverhältnismässigen finanziellen Benachteiligung des einen oder anderen Elternteils führen dürfe.¹⁷⁷

6.3 Bessere Berücksichtigung der häuslichen Gewalt

28 Teilnehmende (4 Kantone¹⁷⁸, 2 Parteien¹⁷⁹ und 22 Organisationen¹⁸⁰) weisen darauf hin, dass der **Schutz vor häuslicher Gewalt unzureichend sei** und im Vorentwurf mehr Garantien vorgesehen werden müssten.

¹⁶⁶ VS (S. 1); SP (S. 1–3) und SP Frauen Schweiz (S. 2); alliance F (S. 3), ATFMR (S. 2 und 8), EKF (S. 2), femmes protestantes (S. 3), Frieda (S. 3), Pro Juventute (S. 3), SVAMV (S. 2) und UNINE (S. 4).

¹⁶⁷ NW (S. 2); SP (S. 1–2) und SP Frauen Schweiz (S. 2); Alleinerziehende Ein-Eltern-Familien Region Ostschweiz (S. 1), alliance F (S. 3), EKdM (S. 4), EKF (S. 2), EKFF (S. 3), Fachstelle OKey (S. 2–3), femmes protestantes (S. 2), Frauenberatung sexuelle Gewalt (S. 3), Pro Juventute (S. 3), SVAMV (S. 2), UNIGE (S. 3) und UNINE (S. 4).

¹⁶⁸ NW (S. 2); SP (S. 1) und SP Frauen Schweiz (S. 2); Alleinerziehende Ein-Eltern-Familien Region Ostschweiz (S. 1 und 2), EKdM (S. 4), EKF (S. 2), Fachstelle OKey (S. 2–3), Frauenberatung sexuelle Gewalt (S. 3) und SVAMV (S. 2).

¹⁶⁹ SP Frauen Schweiz (S. 1–2); Alleinerziehende Ein-Eltern-Familien Region Ostschweiz (S. 1), DJS (S. 9), EKF (S. 2), femmes protestantes (S. 2), Frieda (S. 3), SVAMV (S. 2), UNIGE (S. 3) und UNINE (S. 4).

¹⁷⁰ SP Frauen Schweiz (S. 1); Alleinerziehende Ein-Eltern-Familien Region Ostschweiz (S. 1 und 2).

¹⁷¹ GRÜNE (S. 2) und SP Frauen Schweiz (S. 3); alliance F (S. 3), EKdM (S. 4), EKFF (S. 3), UNIGE (S. 3) und UNINE (S. 4).

¹⁷² EKdM (S. 4).

¹⁷³ Fachstelle OKey (S. 2–3) und Frauenberatung sexuelle Gewalt (S. 3).

¹⁷⁴ Pro Familia (S. 4) und Pro Juventute (S. 3).

¹⁷⁵ ATFMR (S. 8).

¹⁷⁶ alliance F (S. 3), EKF (S. 2), femmes protestantes (S. 2) und SVAMV (S. 2).

¹⁷⁷ SP (S. 1–2) und SP Frauen Schweiz (S. 1); alliance F (S. 2 und 3), EKF (S. 2), EKFF (S. 2 und 3) und Frieda (S. 3).

¹⁷⁸ GR (S. 3), TG (S. 2), VD (S. 2) und ZH (S. 4–5).

¹⁷⁹ SP (S. 2) und SP Frauen Schweiz (S. 2 und 3).

¹⁸⁰ Alleinerziehende Ein-Eltern-Familien Region Ostschweiz (S. 2), ATFMR (S. 6 und 8), BIF (S. 2), DAO (S. 3), DJS (S. 9), EKdM (S. 3), EKKJ (S. 2), Fachstelle OKey (S. 3), FHbB (S. 3), Fondation KidsToo (S. 7), Frauenhaus freiburg (S. 1–3), Frauenhaus Luzern (S. 3), Frauenhaus Zürich (S. 3), Frieda (S. 1–2), LAVI Centre Genevois (S. 1 und 2), Mädchenhaus Zürich (p. 3), ODAGE (S. 3), SBVC (S. 2), SKHG (S. 1–3), SVAMV (S. 4), SVF (S. 2) und UNIGE (S. 3 und 4).

Vernehmlassungsbericht: Änderung Zivilgesetzbuch (Förderung der alternierenden Obhut)

Einige verlangen, dass die **häusliche Gewalt im Gesetz** ausdrücklich **als Ausschlusskriterium für die alternierende Obhut verankert** werde,¹⁸¹ da die Annahme, dass ein regelmässiger Kontakt zu beiden Elternteilen dem Kindeswohl diene, im Fall von häuslicher Gewalt nicht zutreffe¹⁸². Zudem sollte das Gesetz bei der Regelung der Kinderbelange **Sicherheitsvorkehrungen** für den gewaltbetroffenen Elternteil und das Kind vorschreiben eine **systematische Abklärung** **vorsehen**, ob es **in der Vergangenheit irgendeine Form von häuslicher Gewalt** gegeben habe und welche Folgen daraus resultierten.¹⁸³ 4 Organisationen¹⁸⁴ schlagen vor, in solchen Fällen eine Erziehungsbeistandschaft zu errichten. Andere Teilnehmende regen an, die **Mitglieder der Behörden** für alle mit häuslicher Gewalt verbundenen Herausforderungen **zu schulen**.¹⁸⁵

Ferner formulieren mehrere Teilnehmende **konkrete Vorschläge zur Änderung des Zivilgesetzbuchs** in diesem Bereich, insbesondere die Schaffung eines Artikels 307a ZGB gemäss Vorschlag von Droz-Sauthier¹⁸⁶ oder spezifische Ergänzungen der Artikel 298 Absatz 2^{bis} und 298b Absatz 3^{bis} ZGB.

6.4 Förderung von Formen der einvernehmlichen Konfliktlösung

Um nach einer Trennung oder Scheidung eine funktionierende gemeinsame Elternschaft sicherzustellen, sei eine **angemessene Kommunikation zwischen den Eltern unerlässlich**. 19 Teilnehmende (4 Kantone¹⁸⁷, 14 Organisationen¹⁸⁸ und 1 Privatperson¹⁸⁹) sind der Ansicht, dass häufiger **Methoden zur einvernehmlichen Konfliktlösung** (Mediation, Elternberatung, Kurse) **eingesetzt** werden sollten, um die Eltern bei der Neuorganisation ihrer gemeinsamen Elternschaft wirksamer zu unterstützen.

In diesem Zusammenhang wird die **Revision des Familienverfahrensrechts** als entscheidend betrachtet¹⁹⁰ und 1 Organisation¹⁹¹ ist der Ansicht, dass sich der **Staat** an der Mediation und den angeordneten Beratungen **stärker finanziell beteiligen sollte**, damit diese unentgeltlich und für alle zugänglich sei.

¹⁸¹ TG (S. 2) und VD (S. 2); Alleinerziehende Ein-Eltern-Familien Region Ostschweiz, (S. 2), Fondation KidsToo (S. 7), Frauenhaus freiburg (S. 1–3), Frieda (S. 1–2), LAVI Centre Genevois (S. 2) und SKHG (S. 1 und 3).

¹⁸² SVAMV (S. 4).

¹⁸³ GR (S. 3).

¹⁸⁴ DAO (S. 3), FHbB (S. 3), Frauenhaus Luzern (S. 3) und Frauenhaus Zürich (S. 3).

¹⁸⁵ ATFM (S. 6), EKdM (S. 3), Fachstelle OKey (S. 3), SBVC (S. 2) und UNIGE (S. 3 und 4).

¹⁸⁶ Fondation KidsToo (S. 7), mit Verweis auf den Aufsatz von DROZ-SAUTHIER/GIANELLA-FRIEDEN/KRÜGER ET AL., *Mesures de protection de l'enfant en cas de violence dans le couple parental : de la Convention d'Istanbul au droit suisse. Analyse et propositions*, in FamPra.ch, 2024, S. 570–598.

¹⁸⁷ GE (S. 2), LU (S. 2), SG (S. 1) und SO (S. 2).

¹⁸⁸ AvenirSocial (S. 4), CROP (S. 12), DAO (S. 3), EKF (S. 4), FHbB (S. 3), Frauenhaus Luzern (S. 3), Frauenhaus Zürich (S. 3), FSP SKJP (S. 3), Kinderanwaltschaft Schweiz (S. 4), KOKES (S. 2 und 3), Mädchenhaus Zürich (S. 3), Ombudsstelle Kinderrechte Schweiz (S. 5), Pro Juventute (S. 3) und SVAMV (S. 4).

¹⁸⁹ Handschin.

¹⁹⁰ LU (S. 2) und SO (S. 2); Kinderanwaltschaft Schweiz (S. 4) und KOKES (S. 2).

¹⁹¹ Kinderanwaltschaft Schweiz (S. 4).

Vernehmlassungsbericht: Änderung Zivilgesetzbuch (Förderung der alternierenden Obhut)

Andere Organisationen¹⁹² empfehlen, dass die Gerichte häufiger von ihrer Weisungs- und Anordnungsbefugnis nach **Artikel 307 ZGB** Gebrauch machen sollten, und 1 Kanton¹⁹³ schlägt vor, in Konfliktsituationen **Elternkurse obligatorisch** zu machen.

6.5 Änderung der Begrifflichkeit

Mehrere Vernehmlassungsteilnehmende¹⁹⁴ sind der Ansicht, dass die aktuellen Begriffe des Gesetzes (alleinige Obhut, persönlicher Verkehr, alternierende Obhut) **ungeeignet und rechtlich unklar** seien. Sie schlagen vor, diese **Begriffe zugunsten von solchen zu ersetzen, die die Betreuung des Kindes ins Zentrum stellen**, beispielsweise «*Aufteilung der Betreuungsanteile*», da diese Formulierung stärker auf die Suche von Lösungen im Interesse des Kindes ausgerichtet sei,¹⁹⁵ oder «*gemeinsame Betreuungsverantwortung*», was die gemeinsame Verantwortung der Eltern bei der Kinderbetreuung noch mehr in den Vordergrund stelle¹⁹⁶.

Der in der Variante 2 verwendete Begriff «Betreuung» wird als angemessener beurteilt,¹⁹⁷ da er die tatsächliche Beteiligung der Eltern am täglichen Leben des Kindes besser widerspiegeln¹⁹⁸. Dieser neue Begriff ermögliche auch, die Betreuung nicht nur gemäss dem traditionellen 50/50-Schema aufzuteilen, asymmetrische Betreuungsmodelle zuzulassen¹⁹⁹ und Anschlussfragen, etwa zum Wohnsitz des Kindes, einheitlicher zu regeln²⁰⁰.

6.6 Klärung der Methode zur Berechnung der Unterhaltsbeiträge

1 Kanton²⁰¹ und 2 Organisationen²⁰² sind der Ansicht, dass die **Methode für die Berechnung der Unterhaltsbeiträge** geklärt werden sollte.

Mehrere Vernehmlassungsteilnehmende wünschen **Anpassungen, die gerechte Unterhaltsbeiträge gewährleisten**, da die alternierende Obhut zu deren Verringerung führe, obwohl Mütter weiterhin hauptsächlich die Familienarbeit übernehmen.²⁰³ Insbesondere die «zweistufig-konkrete Methode» des Bundesgerichts zur Festsetzung der Unterhaltsbeiträge verstärke die finanziellen Ungleichheiten der Eltern. Die **unbezahlte Hausarbeit werde damit nicht honoriert**²⁰⁴ und die **Höhe des Unterhaltsbeitrags könne deutlich reduziert werden**, sobald ein Elternteil über einen Betreuungsanteil von 30 Prozent verfüge (Kippschalter-Effekt), ohne

¹⁹² DAO (S. 3), FHbB (S. 3), Frauenhaus Luzern (S. 3), Frauenhaus Zürich (S. 3) und Mädchenhaus Zürich (S. 3).

¹⁹³ SG (S. 1).

¹⁹⁴ JU (S. 1), SG (S. 2) und ZG (S. 2–3); EKF (S. 4), femmes protestantes (S. 5), Kinderanwaltschaft Schweiz (S. 6), Ombudsstelle Kinderrechte Schweiz (S. 5), SVAMV (S. 3–4), SVR (S. 4) und UNINE (S. 2–3).

¹⁹⁵ Kinderanwaltschaft Schweiz (S. 6).

¹⁹⁶ Ombudsstelle Kinderrechte Schweiz (S. 5).

¹⁹⁷ SG (S. 1); KESCHA.

¹⁹⁸ UNINE (S. 2–3).

¹⁹⁹ NE (S. 1); CROP (S. 11).

²⁰⁰ SG (S. 1).

²⁰¹ NW (S. 2).

²⁰² SVAMV (S. 4) und UNINE (S. 4).

²⁰³ ZH (S. 5); SP (S. 2–3) und SP Frauen Schweiz (S. 2); BIF (S. 2), EKdM (S. 2), F-information (S. 4–5) und Kinderanwaltschaft Schweiz (S. 5).

²⁰⁴ EKFF (S. 2) und UNINE (S. 4).

Vernehmlassungsbericht: Änderung Zivilgesetzbuch (Förderung der alternierenden Obhut)

dass jedoch dessen tatsächliche Ausgaben gerecht ausgeglichen würden.²⁰⁵ Mehrere Vernehmlassungsteilnehmende weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass diese Rechtsprechung zu komplex und der Grund dafür sei, dass die alternierende Obhut nicht verbreiteter sei.²⁰⁶

6.7 Vorschlag einer dritten Variante

1 Organisation²⁰⁷ ist der Meinung, dass nicht das Gericht darüber entscheiden sollte, ob eine alternierende Obhut sinnvoll ist; vielmehr sollte diese Betreuungsform von Amtes wegen eingeführt werden (wie in der Motion 22.4000 Romano vorgeschlagen) oder auf einfachen Antrag eines Elternteils angeordnet werden (wie in der Motion 25.3466 Marchesi vorgeschlagen). Deshalb regt sie an, anstelle der in der Vorlage vorgeschlagenen Varianten eine dritte Variante ins Auge zu fassen, die sich an die Motion Marchesi anlehnt.²⁰⁸

6.8 Andere Verbesserungswünsche

Damit die Förderung der alternierenden Obhut funktioniert, sollten nach Ansicht einiger Vernehmlassungsteilnehmender folgende Aspekte verbessert werden:

- Um sicherzustellen, dass die Behörden die Eltern systematisch über die Voraussetzungen und Auswirkungen einer alternierenden Obhut informieren, wird eine **gesetzliche Aufklärungspflicht** empfohlen.²⁰⁹ Diese Massnahme stärke die Fähigkeit der Eltern, informierte Entscheidungen im Interesse der Kinder zu treffen, begünstige dauerhaftere und besser funktionierende Vereinbarungen und verringere gleichzeitig Konflikte.²¹⁰
- Die Frage der **Bestimmung des zivilrechtlichen Wohnsitzes des Kindes** sollte geklärt werden.²¹¹
- Die **geschlechtsspezifischen strukturellen Unterschiede** sollten beseitigt werden.²¹²
- **Massnahmen und Vorkehrungen im weiteren Sinn, die eine Nachverfolgung der getroffenen Entscheidungen und die Unterstützung der betroffenen Eltern und/oder Kinder ermöglichen**, sollten bei Bedarf verbessert werden.²¹³
- Die Kriterien der **bundesgerichtlichen Rechtsprechung** für die Prüfung der alternierenden Obhut **sollten den Fortschritten der Sozialwissenschaften, Psychologie und Psychiatrie besser Rechnung tragen** und es sollte ein **Leitfaden** erarbeitet werden.²¹⁴

²⁰⁵ ZH (S. 5); BIF (S. 2), EKdM (S. 2), EKFF (S. 2) und UNINE (S. 4).

²⁰⁶ EKF (S. 4), EKFF (S. 2), femmes protestantes (S. 5) und SVAMV (S. 4).

²⁰⁷ Movimento Papageno (S. 3 und 16).

²⁰⁸ Movimento Papageno (S. 16).

²⁰⁹ EVP (S. 2); AGNA (S. 5) und Pro Familia (S. 2 und 4).

²¹⁰ AGNA (S. 5).

²¹¹ NW (S. 2) und SG (S. 2).

²¹² EKKJ (S. 1), Justiz & Familienrechtsaufsicht Swiss (S. 2) und SVAMV (S. 1).

²¹³ EKKJ (S. 3).

²¹⁴ CROP (S. 11-12).

Vernehmlassungsbericht: Änderung Zivilgesetzbuch (Förderung der alternierenden Obhut)

- Die **jüngere Rechtsprechung, die Fremdbetreuung** und Eigenbetreuung **gleichsetzt, sei zu hinterfragen.**²¹⁵

7 Einsichtsnahme

Gemäss Artikel 9 des Bundesgesetzes vom 18. März 2005 über das Vernehmlassungsverfahren²¹⁶ sind die Vernehmlassungsunterlagen, nach Ablauf der Vernehmlassungsfrist die Stellungnahmen der Vernehmlassungsteilnehmenden und nach Kenntnisnahme durch den Bundesrat der Ergebnisbericht öffentlich zugänglich. Diese Dokumente sind in elektronischer Form auf der Publikationsplattform des Bundesrechts zugänglich.²¹⁷

²¹⁵ EDU (S. 2).

²¹⁶ SR **172.061**

²¹⁷ www.fedlex.admin.ch > Vernehmlassungen > Abgeschlossene Vernehmlassungen > 2025> EJPD > Vernehmlassung 2025/56 21.449 n Pa. Iv. Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern.

**Verzeichnis der Eingaben
Liste des organismes ayant répondu
Elenco dei partecipanti**

Kantone / Cantons / Cantoni

AG	Aargau / Argovie / Argovia
AI	Appenzell Innerrhoden / Appenzell Rh.-Int. / Appenzello Interno
AR	Appenzell Ausserrhoden / Appenzell Rh.-Ext. / Appenzello Esterno
BE	Bern / Berne / Berna
BL	Basel-Landschaft / Bâle-Campagne / Basilea-Campagna
BS	Basel-Stadt / Bâle-Ville / Basilea-Città
FR	Freiburg / Fribourg / Friburgo
GE	Genf / Genève / Ginevra
GL	Glarus / Glaris / Glarona
GR	Graubünden / Grisons / Grigioni
JU	Jura / Giura
LU	Luzern / Lucerne / Lucerna
NE	Neuenburg / Neuchâtel
NW	Nidwalden / Nidwald / Nidvaldo
OW	Obwalden / Obwald / Obvaldo
SG	St. Gallen / Saint-Gall / San Gallo
SH	Schaffhausen / Schaffhouse / Sciaffusa
SO	Solothurn / Soleure / Soletta
SZ	Schwyz / Svitto
TG	Thurgau / Thurgovie / Turgovia
TI	Tessin / Ticino
UR	Uri
VD	Waadt / Vaud
VS	Wallis / Valais / Vallese
ZG	Zug / Zoug / Zugo
ZH	Zürich / Zurich / Zurigo

Parteien / Partis politiques / Partiti politici

Die Mitte	Die Mitte Le Centre Alleanza del Centro Alleanza dal Center
EDU	Eidgenössisch-Demokratische Union EDU Union démocratique fédérale UDF Unione democratica federale UDF

Vernehmlassungsbericht: Änderung Zivilgesetzbuch (Förderung der alternierenden Obhut)

EVP	Evangelische Volkspartei der Schweiz EVP Parti évangélique suisse PEV Partito evangelico svizzero PEV
FDP	FDP. Die Liberalen PLR. Les Libéraux-Radicaux PLR. I Liberali Radicali PLD. Ils Liberals
GRÜNE	GRÜNE Schweiz Les VERT-E-S suisses I VERDI svizzera
Grünliberale	Grünliberale Partei Schweiz glp Parti vert'libéral suisse pvl Partito verde liberale svizzero pvl
SP	Sozialdemokratische Partei der Schweiz SP Parti socialiste suisse PS Partito socialista svizzero PS
SP Frauen Schweiz	SP Frauen Schweiz Femmes socialistes suisses Donne Socialiste
SVP	Schweizerische Volkspartei SVP Union démocratique du centre UDC Unione democratica di centro UDC

Interessierte Organisationen und Privatpersonen / Organisations intéressées et particuliers / Organizzazioni interessate e privati

Acarli	Acarli Murat
AGNA	AGNA Association of Parents in Care Association des parents pris en charge Associazione Genitori Nell' Accudimento
Alleinerziehende Ein-Eltern-Familien Region Ostschweiz	Alleinerziehende Ein-Eltern-Familien Region Ostschweiz (Verein)
alliance F	alliance F
ATFMR	Associazione Ticinese Famiglie Monoparentali e Ricostituite
Avenir Familles	Avenir Familles
AvenirSocial	Berufsverband Soziale Arbeit Schweiz Association professionnelle suisse du travail social Associazione professionale lavoro sociale Svizzera Associaziun professiunala svizra de la lavur sociala
Bally	IGM Schweiz Bally André B.
Beck	Beck Stephan
BIF	Beratungsstelle für Frauen gegen Gewalt in Ehe und Partnerschaft
Buballa	Buballa Stefan
Burkhard	Burkhard Stefan

Vernehmlassungsbericht: Änderung Zivilgesetzbuch (Förderung der alternierenden Obhut)

CROP	Coordination Romande des Organisations Paternelles CROP
DAO	Dachorganisation Frauenhäuser Fédération Solidarité femme Organizzazione mantello delle case protette per donne
DJS	Demokratische Jurist*innen Schweiz DJS Juristes Démocrates de Suisse JDS Giurist* Democratiche*i della Svizzera GDS Giurist*a*s democratic*a*s da la Svizra GDS
Eisenegger	Eisenegger Daniel
EKdM	Eidgenössische Kommission dini Mueter
EKF	Eidg. Kommission für Frauenfragen EKF Commission fédérale pour les questions féminines CFQF Commissione federale per le questioni femminili CFQF
EKFF	Eidgenössische Kommission für Familienfragen EKFF Commission fédérale pour les questions familiales COFF Commissione federale per le questioni familiari COFF
EKKJ	Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen EKKJ Commission fédérale pour l'enfance et la jeunesse CFEJ Commissione federale per l'infanzia e la gioventù CFGI
F-information	Espace d'accueil et d'orientation pour femmes et familles
Fachstelle OKey	Fachstelle OKey – Opferberatung und Kinderschutz
femmes protestan- tes	femmes protestantes
FHbB	Frauenhaus beider Basel
Fondation KidsToo	Fondation KidsToo
Frauenberatung sexuelle Gewalt	Frauenberatung sexuelle Gewalt
Frauenhaus frei- burg	Frauenhaus freiburg (Opferberatungsstelle) Solidarité femmes Fribourg (Centre LAVI)
Frauenhaus Luzern	Frauenhaus Luzern (Stiftung)
Frauenhaus Zürich	Frauenhaus Zürich (Stiftung)
Freikirchen.ch	Dachverband Freikirchen & christliche Gemeinschaften Schweiz
Frieda	Die feministische Friedensorganisation L'ONG féministe pour la paix
FSP SKJP	Schweizerische Vereinigung für Kinder- und Jugendpsychologie FSP SKJP Association Suisse de Psychologie de l'Enfance et de l'Adolescence FSP ASPEA
Geburtig	Geburtig Ron
GeCoBi	Schweizerische Vereinigung für gemeinsame Elternschaft Association Suisse pour la coparentalité Organizzazione ombrello per la genitorialità condivisa
Handschin	Handschin Aaron

Vernehmlassungsbericht: Änderung Zivilgesetzbuch (Förderung der alternierenden Obhut)

Heimann	Heimann Matthieu
Heimann&Müller	Heimann Kurt und Müller Rosemarie
IGM Schweiz	Interessengemeinschaft geschiedener & getrennt lebender Männer
Justiz & Familienrechtsaufsicht Swiss	Justiz & Familienrechtsaufsicht Swiss Surveillance de la Justice et de la famille Suisse Supervisione del diritto di famiglia e della giustizia svizzero
KESCHA	Anlaufstelle Kindes- und Erwachsenenschutz Centre d'écoute et d'assistance de l'enfant et de l'adulte Centro di ascolto e assistenza del minore e dell'adulto
Kinderanwaltschaft Schweiz	Kinderanwaltschaft Schweiz Avocat e s de l'enfant Suisse Avvocati e del bambino Svizzera
KOKES	Die Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz KOKES Conférence en matière de protection des mineurs et des adultes COPMA Conferenza per la protezione dei minori e degli adulti COPMA
Köpfli	Köpfli Beat
Kreutzer	Kreutzer Oliver
Künzli	Künzli Philipp
Kurth	Kurth Samuel
LAVI Centre Genevois	Centre Genevois de Consultation pour Victimes d'Infractions
Lehrmann	Lehrmann Alexander
Lötscher	Lötscher Daniel
Mädchenhaus Zürich	Mädchenhaus Zürich
Marcin	Marcin Janik
männer.ch	Dachverband Schweizer Männer- und Väterorganisationen männer.ch Centre de compétence Hommes et masculinité menicare
MMI	Marie Meierhofer Institut für das Kind MMI
Moos	Moos Urs
Movimento Papageno	Movimento Papageno
Netzwerk Kinderrechte Schweiz	Netzwerk Kinderrechte Schweiz Réseau suisse des droits de l'enfant Rete Svizzera diritti del bambino Child Rights Network Switzerland
ODAGE	Ordre des avocats Genève
Odermatt	Odermatt Oliver

Vernehmlassungsbericht: Änderung Zivilgesetzbuch (Förderung der alternierenden Obhut)

Ombudsstelle Kinderrechte Schweiz	Ombudsstelle Kinderrechte Schweiz Office de l'Ombudsman des droits de l'enfant Suisse Ufficio dell'Ombudsman dei diritti dei bambini Svizzera
PACH Pflege- und Adoptivkinder Schweiz	PACH Pflege- und Adoptivkinder Schweiz
Petitjean	Petitjean Raymond
Pro Familia	Pro Familia Schweiz Pro Familia Suisse Pro Familia Svizzera
Pro Juventute	Pro Juventute
Rüegg	Rüegg Rolf
SBVC	Schweizerische Bewegung für eine Verantwortungsvolle Co-Parenting SBVC Mouvement Suisse pour la Coparentalité Responsable MSCR Movimento Svizzero per la Co-Genitorialità responsabile MSCR
Schmidli	Schmidli Julian
SF MVB	Fachverband Mütter- und Väterberatung SF MVB Association suisse des consultations parents-enfants ASCPE
Sigrist	Sigrist Daniel
SKG	Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten SKG Conférence suisse des délégué-e-s à l'égalité CSDE Conferenza svizzera delle-i delegati-i alla parità CSP
SKHG	Schweizerische Konferenz gegen Häusliche Gewalt SKHG Conférence Suisse contre la violence domestique CSVD Conferenza Svizzera contro la Violenza Domestica CSVD
Skipwith	Skipwith Thomas
Stähli	Stähli Roman
Suter	Suter Peter
SVAMV	Schweizerischer Verband alleinerziehender Mütter und Väter SVAMV Fédération suisse des familles monoparentales FSFM Federazione svizzera delle famiglie monoparentali FSFM
SVF	Schweizerischer Verband für Frauenrechte SVF Association Suisse pour les droits de la femme ADF
SVFM	Schweizerische Verein für Familienmediation SVFM Association Suisse pour la Médiation Familiale ASMF
SVR	Schweizerische Vereinigung der Richterinnen und Richter SVR Association suisse des magistrats de l'ordre judiciaire ASM Associazione svizzera dei magistrati ASM Associazion svizra dals derschaders ASD
Trojer	Trojer Daniel
Unicef	Komitee für UNICEF Schweiz und Liechtenstein Comité pour l'UNICEF Suisse et Liechtenstein Comitato per l'UNICEF Svizzera e Liechtenstein

Vernehmlassungsbericht: Änderung Zivilgesetzbuch (Förderung der alternierenden Obhut)

UNIGE	Université de Genève
UNINE	Université de Neuchâtel
Van Loon	Van Loon Olaf
VeV Schweiz	VeV Schweiz – Verein für elterliche Verantwortung VeV Suisse – Association pour la responsabilité parentale VeV Svizzera – Associazione per la responsabilità genitoriale
Weisstanner	Weisstanner Urs
Wüthrich	Wüthrich Roland

Verzicht auf Stellungnahme / Renonciation à une prise de position / Rinuncia a un parere

- Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren KKJPD
Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police
CCDJP
Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia et polizia
CDDGP
- Schweizerischer Gemeindeverband
Association des Communes Suisses
Associazione dei Comuni Svizzeri